

Algeria-Watch

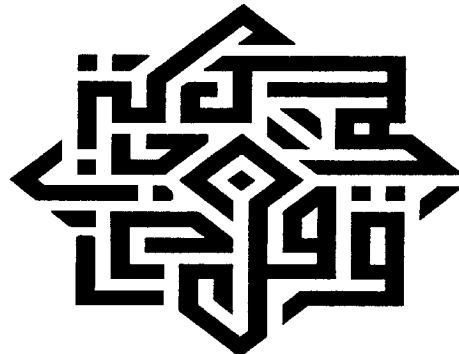
Infomappe 31

April 2005

Der seltsame Ben Laden der Sahara

**Die Armee- und Geheimdienstchefs sind
verantwortlich *und* schuldig**

**Amnesty law risks legalizing impunity
for crimes against humanity**



*Postfach 360 164, 10997 Berlin
Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22
E-Mail: algeria-watch@gmx.net
Im Internet: www.algeria-watch.org*

Inhalt

Algerien: 200 000 Tote und 500 000 Verhaftungen später....	3
Untersuchung über den seltsamen Ben Laden der Sahara*	5
Die Armee- und Geheimdienstchefs sind verantwortlich <i>und</i> schuldig	11
Generalamnestie	14
"Keine Amnestie ohne Wahrheit und Gerechtigkeit"	16
Algeria: Amnesty law risks legalizing impunity for crimes against humanity	18
Algerien: Der Ausverkauf hat begonnen	20
Observatorium für Menschenrechte in Algerien	24
Ali Drif, Opfer einer illegalen Abschiebung aus Frankreich, ist nach seiner Ankunft in Algerien verschwunden	27
Abschiebung einer Delegation von drei NGO auf dem Flughafen von Algier	28
Returns to Algeria: inaccurate Home Office information corrected	29
UNHCR position paper on the return of Algerian nationals found not to be in need of international protection:	30

Algeria-Watch e.V. dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Algerien, setzt sich für algerische Flüchtlinge ein und engagiert sich für einen Dialog zwischen den Konfliktparteien.

Algeria-Watch e.V. ist ein unabhängiger Verein und daher auf Spenden angewiesen. Wir sind dankbar für jede finanzielle Unterstützung. Spenden erbeten auf folgendes Konto:
Algeria-Watch e.V.
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
BLZ 100 205 00
Kontonummer 329 75 00

Algeria-Watch-Infomappe erscheint viermal jährlich; Einzelpreis: 2,50 Euro (+ Porto); Abo: 12,- Euro.
Postfach 360 164, 10997 Berlin
Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22

E-Mail: algeria-watch@gmx.net Im Internet: www.algeria-watch.org

Impressum

Herausgeber: algeria-watch e.V.

V.i.S.d.P.: B. Soor

Algerien: 200 000 Tote und 500 000 Verhaftungen später...

Algeria-Watch, April 2005

Ein Jahr nach der Wiederwahl von Präsident Abdelaziz Bouteflika versuchen sich viele Kommentatoren an einer Bilanz. Diese fällt nicht selten negativ aus, da das Ausmaß der Gewalt zwar rückläufig ist, aber die Lebensbedingungen der algerischen Bevölkerung sich spürbar verschlechtern: Beschleunigung der Privatisierungen von Staatsunternehmen, Abschaffung von Arbeitsplätzen, Aushöhlung der Subventionen, Preissteigerung von lebensnotwendigen Gütern, extreme Wohnungsnot und mangelhafte Gesundheitsversorgung prägen weiterhin den Alltag von Millionen von Menschen. Täglich finden Streiks, Arbeitsniederlegungen und Unruhen statt, die jedoch keine Veränderungen herbeiführen und immer brutaler niedergeschlagen werden. Meuternde Jugendliche erhalten meistens eine mehrmonatige Gefängnisstrafe (Siehe angeführte Beispiele im Observatorium für Menschenrechte), die oft in keiner Relation zu dem Ausmaß des Protestes steht. Dem jetzigen Regime ist es gelungen, jegliche organisierte Opposition zu unterbinden: Die politischen Parteien müssen sich dem Diktat des "Apparates" unterwerfen oder werden marginalisiert; die Gewerkschaften werden immer mehr geknebelt, sie erfahren oftmals keine offizielle Anerkennung; Journalisten werden durch Strafanzeigen und Gefängnisstrafen stark unter Druck gesetzt und unterliegen mittlerweile einer Selbstzensur; Menschenrechtler werden ins Gefängnis gesteckt, ihre Versammlungen werden verboten, wenn sie nicht der offiziellen Linie folgen; und die Justiz bleibt weiterhin ein repressives Instrument, das im Interesse der Mächtigen eingesetzt wird.

Den Versprechungen folgen vollendete Tatsachen

Nach der Zerschlagung der repräsentativen Opposition hat Bouteflika die Hoffnung auf Frieden und Versöhnung wecken können. Er schien den Bedürfnissen aller gesellschaftlichen Gruppen nachkommen zu wollen und wurde gerne als Kontrahent der Generäle präsentiert. Doch bald stellte sich heraus, dass kaum ein anderer deren Interessen besser zu vertreten weiß als Bouteflika: Hatte er nicht 1999 die Zahl der Toten auf 100 000 und die der Verschwundenen auf 10 000 beziffert und in mißverständlichen Begriffen zu verstehen gegeben, dass die Militärführung eine Verantwortung für diese Tragödie trägt, um letztere später von allen Anschuldigungen reinzuwaschen? Hatte er nicht den "verlorenen" Söhnen Algeriens, den bewaffneten Islamisten, die Möglichkeit geboten, Straffreiheit oder -minderung zu genießen, wenn sie sich stellten, und gleichzeitig ehemaligen FIS-Anhängern jegliche politische Betätigung verboten? Hatte er nicht versprochen, das Land gehöre den Algeriern und würde nicht ausverkauft werden, und gleichzeitig die gesetzliche Grundlage geschaffen, die den ausländischen Konzernen das wichtigste Gut, das Erdöl, zur Verfügung stellt? (Siehe Bernhard Schmid: Algerien, der Ausverkauf hat begonnen). Hatte er nicht eine Reform der Justiz versprochen, die Einhaltung der Menschenrechte, der Presse- und Versammlungsfreiheit garantiert und gleichzeitig jede kritische Stimme verfolgen lassen? Hat er nicht den Abgang des "untragbar" gewordenen Oberbefehlshabers Mohamed Lamari veranlasst, um jedoch einen der bekanntesten Putschisten, Abdelmalek Guenaïzia, zum Stellvertreter des Verteidigungsministers – einen Posten, den er sich selbst vorbehalten hat - zu ernennen? Hat er nicht eine Versöhnung mittels einer Generalamnestie in Aussicht gestellt, um gleichzeitig die Straflosigkeit gesetzlich zu verankern?

Der Deal

Das Regime genießt immer größere Anerkennung auf der internationalen Bühne. Frankreich und die USA ringen um die Vormachtstellung in einem Land, dessen geopolitische Bedeutung unaufhörlich wächst. Algerien weckt nicht allein wegen Erdöl und Erdgas Begehrlichkeiten, sondern bietet auch einen wichtigen Absatzmarkt, ist eingebunden in die militärstrategischen Pläne von USA und NATO, soll zu einem Puffer gegen die Einwanderung nach Europa ausgebaut und zu einem wichtigen Mitglied der Frankophonie werden (Siehe "Untersuchung über den seltsamen Ben Laden der Sahara"). Diese Interessen motivieren eine wohlwollende

Haltung gegenüber einem Regime, das weiterhin den Ausnahmezustand befürwortet und die Menschenrechte massiv verletzt. Solange die algerische Regierung sich dem Diktat der Großmächte, die tief in die Souveränität des Staates eingreifen, unterwirft, wird die offizielle algerische Version der Ereignisse seit dem Putsch von Januar 1992 übernommen. Die verübten Verbrechen werden ausschließlich den Islamisten, die nur noch als Terroristen bezeichnet werden, zugeschrieben.

Da auf algerischer Seite die Geschichtsverleugnung auf wenig Widerstand stößt, können einige "Wahrheiten" offenbart werden: Während in den neunziger Jahren keine oder völlig falsche Opferzahlen angeführt wurden – die einzige Opferzahl, die von offizieller Seite während der neunziger Jahre genannt wurde, betrug etwa 26 000 Tote, während NGO's und Journalisten schon von über 100 000 Toten sprachen –, werden heute schwindelerregende Zahlen verlautbart: Farouk Ksentini, der Vorsitzende der offiziellen Menschenrechtsorganisation, gab erstmals an, 300 000 bzw. 500 000 Personen seien von Sicherheitskräften im Rahmen der Terrorismusbekämpfung festgenommen worden (Siehe die Erklärung von Algeria-Watch: Die Armee- und Geheimdienstchefs sind verantwortlich *und* schuldig). Und Bouteflika spricht gar von 200 000 Toten, einer Zahl, die unabhängige Menschenrechtsorganisationen kaum zu nennen gewagt haben. Doch keiner fragt mehr danach, wer diese Menschen umgebracht hat. Wenn nicht die Familien der Verschwundenen weiterhin für die Anerkennung der staatlichen Verantwortung für die Entführungen und das Verschwindenlassen ihrer Angehörigen kämpfen würden, würden auch sie zu den Opfern des Terrorismus gezählt werden. Regierungsvertreter versuchen, diese von staatlichen Organen verübten Verbrechen herunterzuspielen und die Verbrechen einzelnen Sicherheitskräften zuzuschreiben. Von den Massakern, den extralegalen Tötungen und der systematischen Folter, die von der Militärführung angeordnet wurden, ist heute keine Rede mehr. Vielmehr wird die gesamte Bevölkerung in eine Operation der Verleugnung der Verbrechen hineingezogen: Frieden und Versöhnung wird gegen Straflosigkeit eingetauscht. Der unausgesprochene Deal lautet: Einerseits wird über die Verbrechen der bewaffneten Gruppen und die Unterstützung des "Terrorismus" nicht gesprochen, andererseits sollen Militär und Hilfstruppen auch nicht belangt werden. Was alles unter "Unterstützung des Terrorismus" verstanden werden kann, macht das algerische Anti-Terror-Gesetz deutlich. Bouteflika hat zu verstehen gegeben, dass eine Zulassung der FIS als Partei, auch unter einem anderen Namen, nicht in Frage kommt. Der Preis für die Nichtverfolgung ist die Aufgabe jeglicher politischen Betätigung und Äußerung für ehemalige Mitglieder der FIS.

Auf Angst lässt sich keine Versöhnung aufbauen

Die massive Repression und der Terror, der von bewaffneten Gruppen, Militäreinheiten und Milizen ausgeübt wurde, führten zur Entvölkerung zahlreicher der Unterstützung des Terrorismus verdächtigten Dörfer und Viertel. Offiziell wird nun verlautbart, dass die geflohenen Familien wieder in ihre Dörfer zurückgekehrt sind, doch niemand kann dies überprüfen. Die Angst vor Verfolgung schwindet nicht, solange die Milizen weiterhin bestehen und die Armee Durchkämpfungsoperationen durchführt. Immer wieder finden Massaker in Gegenden statt, die für befriedet erklärt wurden (Anfang April fand an einer falschen Straßensperre in Larbaa, etwa 50 km von Algier entfernt, ein Massaker statt, dem 20 Personen zum Opfer fielen). Tausende von Verdächtigten sitzen seit Jahren in Untersuchungshaft. Hunderttausende sind weiterhin im Visier des Repressionsapparates, weil sie in der Vergangenheit festgenommen wurden, als ehemalige FIS-Mitglieder bekannt sind, aus dem Ausland zurückgekehrt sind oder abgeschoben wurden usw. In einer solchen Atmosphäre der Angst und des Misstrauens gegenüber einem Regime, in dem weiterhin das Militär das Sagen hat, kann die Forderung nach Wahrheit und Gerechtigkeit kaum erhoben werden. Solange die drei wichtigsten Militärs ihres Amtes bzw. ihrer Funktion nicht enthoben werden, kann von einer wirklichen Veränderung des Regimes nicht die Rede sein. Diese drei Männer sind Generalmajor Larbi Belkheir, Berater des Präsidenten, Generalmajor Mohamed Medienne, Chef des Militärgeheimdienstes, und Generalmajor Smain Lamari, Chef der Spionageabwehr. Unter den gegebenen Umständen kann eine Versöhnung nur als eine von oben durchgeführte Operation wahrgenommen werden, ob sie durch ein Referendum legitimiert wird oder nicht. Deshalb warnen auch internationale Organisationen davor, eine Generalamnestie zu erlassen, da diese die Straflosigkeit für massive Verbrechen gegen die Menschheit gesetzlich verankert. (Siehe: Amnesty law risks legalizing impunity for crimes against humanity)

Untersuchung über den seltsamen Ben Laden der Sahara*

DIE ALGERISCHE REGIERUNG PROFITIERT VON DER AL-QAIDA-GEFAHR

[* Die deutsche Übersetzung weicht an manchen Stellen von der französischen Originalversion ab. Die Taz-Redaktion wählte den Titel " Verwischte Spuren in der Sahara " und änderte den Vorspann vollständig. Die größten Abweichungen sind im Text angegeben: Durchgestrichen für falsche Übersetzung oder Hinzufügungen des Übersetzers, fett für Korrekturen und Auslassungen des Übersetzers.]

ZWEIFELSFREI war die Entführung von 32 westlichen Touristen in Südalgerien zu Beginn des Jahres 2003 für die algerische Regierung sehr nützlich. Indem eine Verbindung zwischen den Geiselnehmern und al-Qaida behauptet wurde, konnte Algier endlich seine Beziehungen zu Washington verbessern. Die neue geostrategische Bedeutung des Landes für die USA erlaubt auch mehr Unabhängigkeit gegenüber der EU und Frankreich. Eine Reihe von Indizien deutet nun darauf hin, dass nicht Bin Laden, sondern im Gegenteil der algerische Geheimdienst aktiv in die Geiselaffäre verstrickt war.

Von Salima Mellah und Jean-Baptiste Rivoire **, Le Monde Diplomatique, Februar 2005

Anfang 2003, ausgerechnet während ihrer intensiven diplomatischen Bemühungen um finanzielle und militärische Unterstützung durch die USA, ~~entdeckten Algeriens Machthaber eine neue Bedrohung ihres Landes~~**[wird Abderrezak "El-Para", ein ehemaliger Offizier einer Fallschirmjäger-Spezialeinheit der Armee, der sich offiziell der Guerilla der GSPC angeschlossen haben soll, dem Regime einen wichtigen Dienst erweisen]**. Am 4. Januar, kurz vor der Ankunft einer hochrangigen Militärdelegation aus Washington, die prüfen sollte, ob im Rahmen der Terrorbekämpfung Waffenlieferungen an Algerien sinnvoll seien, überfiel die Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC)(4) in der Nähe der nordostalgerischen Großstadt Batna einen Militärkonvoi. Dreiundvierzig Soldaten wurden getötet, die Aktion führte zu Unruhe in der Bevölkerung ~~und galt als schwerer Schlag gegen das Regime.~~

Der algerische Militärgeheimdienst, ~~und die aus ihm hervorgegangene~~ **[der allmächtige] Behörde für Sicherheit und Aufklärung [Nachrichten- und Sicherheitsdienst, ehemalige Sécurité militaire]** (2) erklärten sofort, GSPC-Führer Abderrazak El Para - ein ehemaliger Offizier einer Fallschirmjäger-Spezialeinheit der Armee - sei "Befehlsempfänger von Bin Laden" mit dem Auftrag, "al-Qaida in der Sahelregion Rückhalt zu verschaffen".

Als Beleg präsentierten sie der internationalen Öffentlichkeit ein Video, das sich später als gefälscht erwies. Kurz darauf lockerten die USA das Waffenembargo gegen Algerien und kündigten an, die Regierung mit militärischer Spezialausrüstung für die Terroristenbekämpfung zu versorgen.(3) Bereits Ende 2002 hatte William Burns, US-Vizeaußenminister und Sondergesandter für den Nahen Osten, erklärt, Washington könne, "was den Kampf gegen den Terrorismus angeht, von Algerien viel lernen"(4).

Eine weitere Aktion der Gruppe von El Para sorgte dann, ebenfalls im Frühjahr 2003, für rasche Annäherung zwischen Washington und Algier. Zwischen 22. Februar und 23. März wurden in Illizi, einer entlegenen Region der algerischen Sahara, 32 europäische Touristen entführt, sechzehn Deutsche, zehn Österreicher, vier Schweizer, ein Schwede und ein Niederländer. Nach vielen Wochen ~~—eine Deutsche war in der Wüste gestorben und von den Geiseln bestattet worden~~ - kamen sie wieder frei, eine erste Gruppe Mitte Mai, die Übrigen Mitte August. Vorausgegangen waren verdeckte Verhandlungen, über die nie Genaueres bekannt wurde.

Algerien gilt seither als Ziel der Aktivitäten von al-Qaida und folglich als natürlicher Verbündeter der USA. Die Jagd auf Bin Laden hatte Washington ja auch die Rechtfertigung für die Besetzung Afghanistans und die Errichtung von Militärstützpunkten in der strategisch wichtigen zentralasiatischen Region geliefert. Soll nun vielleicht El Para das Schreckgespenst abgeben, damit sich die USA in der Sahelzone militärisch festsetzen können **[Auslassung: Sahelzone, die als Stützpunkt von Al-Qaida präsentiert wird]**?

Im März 2004 erklärte General Charles Wald, stellvertretender Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa (Eucom), Al-Qaida-Aktivisten versuchten, "in Nordafrika, in der Sahelzone und im Maghreb" Fuß zu fassen. "Sie wollen dort ein ähnliches Rückzugsgebiet wie in Afghanistan unter der Taliban-Herrschaft einrichten. Sie brauchen einen sicheren Ort, um sich neu zu formieren und auszurüsten und um neue Mitglieder zu rekrutieren."(5)

Dem Militärregime kämen bessere Beziehungen zu Washington jedenfalls sehr gelegen. Der Geheimdienst DRS wusste schon in den 1990er-Jahren den "islamistischen Terrorismus" geschickt einzusetzen. Er wollte damit alte Schandtaten vergessen machen und sich die Unterstützung des Westens sichern.

Ende 1993, nach knapp zwei Jahren erbarmungsloser Kriegführung gegen den islamistischen Widerstand, versuchte die Militärführung, Frankreich für sich einzunehmen. In Paris fanden die Machthaber tatsächlich Unterstützung für ihre Politik der "Ausmerzungen" - bei Innenminister Charles Pasqua und seinem Berater Jean-Charles Marchiani. Im Außenministerium und im Präsidentenpalast war man skeptischer: Alain Juppé und François Mitterrand ~~sprachen sich gegen das repressive Vorgehen aus~~ **[strebten ein weniger repressives Vorgehen an]**.

Um Druck zu machen und den Einfluss der nach Frankreich emigrierten Regimegegner zu schwächen, inszenierte die algerische Geheimdienstführung, in Abstimmung mit Jean-Charles Marchiani Ende Oktober 1993 die fingierte Entführung von Alain Freissier und des Ehepaares Thévenot, französische Beamte, die in Algerien tätig waren.(6) Und Premierminister Edouard Balladur gab nach einigem Zögern grünes Licht für die "Operation Chrysanthème": Unter Leitung des Innenministeriums fand die größte Razzia gegen algerische Regimegegner in Frankreich seit dem 17. Oktober 1961(7) statt. Die algerischen Geheimdienste taten das ihre, indem sie eine Befreiung der Geiseln aus der Gewalt der "islamistischen Entführer" vortäuschten.

Ende 1994 ging der DRS in seinem "Krieg gegen die Aufständischen" noch einen Schritt weiter. Er half nach, dass ein Mann zum Führer der berüchtigten Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA) ernannt wurde, der auf seiner Gehaltsliste stand. Unter ihrem neuen "Emir" Djamel Zitouni bekannten sich die Untergrundkämpfer von Oktober 1994 bis Juli 1996 zu einer Reihe von Terrorakten: zur Entführung eines Airbus der Air France im Dezember 1994, zu Anschlägen auf die S-Bahn in Paris 1995, zur Entführung und Ermordung von Mönchen aus dem algerischen Kloster Tibhirine 1996 und zu Massakern an der Zivilbevölkerung.

Letztlich dienten diese Aktionen nur der Strategie einer bestimmten Fraktion in der Führung des algerischen Militärs. Sie sollten die Islamisten in Misskredit bringen, Frankreich zu mehr Unterstützung bewegen und sicherstellen, dass ein politischer Kompromiss ~~im algerischen Bürgerkrieg~~ **[in Algerien]** in weite Ferne rückte. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der DRS vielleicht, zehn Jahre später, den GSPC-Führer El Para als Schlüsselfigur für eine Neuaufgabe derartiger Machenschaften benutzt.

Amari Saifi, genannt Abderrazak El Para, ehemals Offizier einer Sondereinsatztruppe der algerischen Armee, war nach eigenen Angaben(8) von 1990 bis 1993 Chef der Leibgarde des Verteidigungsministers General Khaled Nezzar **[Nicht El Para war von 1990-1993 Leibgarde, sondern Nezzar war Verteidigungsminister von 1990 bis 1993]**. 1992 soll er sich der islamistischen Guerilla angeschlossen haben und ~~wenig später~~ **[vor kurzem]** zur "Nummer zwei" der GSPC aufgerückt sein. Ob er tatsächlich zum engeren Führungskreis dieser Organisation gehört, ist jedoch zweifelhaft: Auf den Internetseiten der GSPC(9) findet sich kein Hinweis auf Amari Saifi alias Abou Haidara alias El Para. Die Anfang 2003 entführten deutschen Touristen wollen ihn identifiziert haben, doch die GSPC hat sich nie zu diesen Entführungen bekannt. Die Behauptung, El Para sei einer ihrer Anführer, wird allein vom Generalstab der Armee - von seinen früheren Arbeitgebern - erhoben.

Die Wochenzeitung Paris Match ließen solche Zweifel kalt. Sie erklärte, El Para habe "von al-Qaida den Auftrag, in der Sahara Stützpunkte einzurichten". Aus den offiziellen Verlautbarungen der GSPC, aus den Berichten der Sahara-Geiseln über die ideologischen Positionen ihrer Entführer und aus Interviews, die Paris Match Mitte 2004 mit GSPC-Mitgliedern führte, geht aber klar hervor, dass diese Gruppierung sich zwar mit dem Kampf anderer ~~Gotteskrieger~~ **[Dжихадisten]** solidarisch erklärt, die Ziele ihres eigenen bewaffneten Kampfes aber ausschließlich im Rahmen des algerischen Konflikts definiert.

Zum Beweis für die Verbindung zwischen al-Qaida und GSPC hat die algerische Führung erklärt, Imad Ibn al-Wahid - ein Jemenit, der am 12. September 2002 bei Batna von der Armee getötet wurde - sei von "Bin Laden in die Sahelregion und den Maghreb entsandt" worden. Man sei im Besitz eines Videobands, auf dem er den algerischen Salafisten die Unterstützung durch al-Qaida zusichere. Dem steht nach Presseangaben die Aussage dreier ehemaliger GSPC-Mitglieder entgegen, die Kassette sei eine Fälschung, angefertigt von der auf solche Aufgaben spezialisierten Zelle der Organisation.(10) Doch der US-Regierung genügte dieser "Beweis", dessen einzige Quelle der DRS und seine Gewährleute in der algerischen Presse waren, um die GSPC auf die Liste der terroristischen Organisationen im Ausland zu setzen. Obwohl auch US-Experten Zweifel äußerten, "setzte sich die Formel von der Verbindung zwischen GSPC und al-Qaida allmählich in der nationalen und später in der internationalen Presse durch".(11)

Von Februar bis August 2003, als sich das Geiseldrama in der Sahara abspielte, gab es von den Entführern weder ein Bekennerschreiben, noch stellten sie politische oder finanzielle Forderungen. Und erst am 12. April tauchte - ohne nähere Beweise - in den Zeitungen die Behauptung auf, die Entführungen seien das Werk der GSPC. Nachdenklich mussten auch die späteren Aussagen einiger der Entführten stimmen, die erklärten, die Aktion sei keineswegs von Hassan Hattab, dem damals vermutlich amtierenden GSPC-Chef, sondern von El Para geleitet worden.(12) Außerdem berichteten sie, die Entführer hätten ständig Funktelefone benutzt und an den wechselnden Standorten seien immer wieder sehr rasch Hubschrauber der algerischen Armee aufgetaucht. Wenn man El Para also bereits im Visier hatte, weshalb wurde er dann nicht außer Gefecht gesetzt?

Am 10. Mai 2003 trafen Bundesaußenminister Fischer und der Chef des Bundesnachrichtendienstes, August Hennig, in Algier ein. Zwei Tage später befreite das algerische Militär die erste Gruppe von Geiseln - offiziell nach einem "kurzen Angriff, bei dem alle Vorkehrungen für den Schutz der Geiseln getroffen wurden". Bei näherer Betrachtung gibt diese Operation allerdings einige Rätsel auf.

So versuchten die Kämpfer unter Führung von El Para offenbar nicht, ihre Geiseln als Schutzschild zu nutzen, sondern forderten sie auf, in unterirdischen Höhlen Zuflucht zu suchen. Nach dem Kampf wunderten sich die befreiten Touristen, dass keine Spuren einer Auseinandersetzung zu sehen waren: weder Tote noch Verwundete. Nach Angaben der Armee wurden vier Entführer getötet. Eine der Geiseln äußerte erhebliche Zweifel an der offiziellen Version dieser Befreiung: "Die Salafisten wussten ganz genau, was geschehen würde. Sie ließen uns 18 Kilometer durch die Wüste marschieren, um an einen zuvor vereinbarten Ort zu kommen, wo wir dann unsere ‚Befreiung‘ erleben sollten. Dass die Aktion eine Inszenierung des algerischen Militärs gewesen sein könnte, kam mir erst später in den Sinn." Er fragte sich "immer noch, welche Verbindungen zwischen den Salafisten und dem Militär es wohl gegeben hat".(13)

Rätselhaft erscheint auch, dass einige Geiselnnehmer wie durch ein Wunder der Einkreisung durch die Armee entkamen und - obwohl sie keine Fahrzeuge hatten - schon kurze Zeit später bei der zweiten Gruppe von Geiseln auftauchten, die immerhin mehr als 1 000 Kilometer entfernt war. Am 18. August kam diese Gruppe in Mali frei, nachdem Deutschland, Österreich und die Schweiz angeblich ein Lösegeld von 5 Millionen Dollar bezahlt hatten.(14) Die Umstände dieser Befreiung blieben undurchsichtig. Seither besteht der Verdacht, dass der ehemalige Offizier El Para, dessen terroristische Aktivitäten dem algerischen Regime bei seinen Bemühungen um internationale Unterstützung so gut ins Konzept passen, vielleicht immer noch auf der Gehaltsliste seiner einstigen Dienstherrn steht [**Auslassung: nachdem er die islamistische Guerilla infiltrierte**].

Anfang März 2004 wurden El Para und fünfzig seiner Kämpfer im Norden des Tschad aufgespürt und von einer tschadischen Armeeeinheit angegriffen. El Para selbst und einige Mitstreiter konnten entkommen, gerieten aber kurz darauf in die Hände der Bewegung für Demokratie und Gerechtigkeit im Tschad (MDJT). Die Rebellenbewegung gegen das Regime von Idriss Déby erkannte rasch, dass sie den "international gesuchten Salafisten", "von dem im Radio ständig die Rede ist", in ihrer Gewalt hatte.(15)

El Para rechnete offenbar mit seiner baldigen Befreiung: "Ich habe viele Kontakte in Algier", erklärte er selbstbewusst. "Wenn ihr Geld wollt, von uns könnt ihr es kriegen." Doch die MDJT spielte nicht mit. "Wir haben Kontakt zu allen betroffenen Parteien aufgenommen, um El

Para in ein Land auszuliefern, wo er ein ordentliches Gerichtsverfahren erwarten kann", erklärte Brahim Tchouma, der außenpolitische Sprecher der Bewegung.

Anfang April erging an drei Vertreter der MDJT in Frankreich die Einladung zu einem inoffiziellen Besuch in Algier. Die Rebellenbewegung war überzeugt, dass Algerien seinen "Volksfeind Nr. 1" unbedingt in Gewahrsam nehmen wollte, und stimmte dem Treffen mit General Mohamed Médiène, dem Chef des gefürchteten Geheimdienstes DRS, zu. "Wir beschrieben ihm den Anführer der Gruppe, die wir gefangen genommen hatten", berichtet Mohamed Mehdi, der stellvertretende Leiter der Auslandsorganisation der MDJT. "Er konnte sofort bestätigen, dass es sich um Amari Saifi, genannt Abderrazak El Para handelte. Die DRS-Führung war sehr gut informiert. Man hat uns sogar darauf hingewiesen, dass die Nummer des Satellitentelefon von El Para, die wir uns notiert hatten, nicht ganz korrekt war. Gemeinsam haben wir dann die Nummer gewählt, die der Geheimdienst besaß - und tatsächlich klingelte in Tibesti das Telefon, das wir El-Para abgenommen hatten." **[Auslassung: Wie läßt sich erklären, dass die algerischen Behörden El-Para nicht früher festgenommen haben?]**

Seltsamerweise zogen sich die Verhandlungen dann in die Länge. "Absolute Vertraulichkeit war die erste Forderung der Algerier", erzählt Mohamed Mehdi. "Die Gefangennahme von El Para sollte auf keinen Fall öffentlich bekannt werden. Wir boten ihnen an, **[dass sie] ihn abholen in Mali abzugeben**, aber sie ~~wollten~~, **[forderten]**, dass wir ihn **[selbst]** in den Süden Algeriens bringen." Nach zwei Wochen ergebnisloser Gespräche begann die MDJT zu zweifeln, dass Algerien tatsächlich an der Auslieferung von El Para interessiert war, und suchte den Kontakt mit Deutschland, das einen internationalen Haftbefehl gegen den Terroristen ausgestellt hatte. Doch auch diese Verhandlungen zogen sich hin - Algier hatte den Deutschen schon unmittelbar nach den Geiselnahmen Hoffnungen auf den Abschluss bedeutender Wirtschaftsabkommen gemacht.(16)

Ende Mai kam die MDJT zu der Erkenntnis, dass der prominente Gefangene allmählich zum Ärgernis wurde, und versuchte durch Aussagen über die seltsame Zurückhaltung der algerischen Geheimdienste, die in Le Monde erschienen, Bewegung in die Sache zu bringen.(17) Nur wenige Tage später ergriff der DRS die Initiative: Unter strengster Geheimhaltung wurde eine Kommandoeinheit ~~durch den Norden Nigers~~ an die Grenze zum Tschad entsandt, um El Para nach Algerien zu bringen. Zugleich erhielt ein örtlicher Kommandant der MDJT ein hohes Lösegeldangebot. Außerdem lancierte der Geheimdienst eine Falschmeldung, um seine Rolle in der Angelegenheit zu verschleiern. Am 2. Juni 2004 berichtete ein Journalist von Radio France Internationale (RFI): "Abderrazak El Para, einer der meistgesuchten Männer in Algerien, ist wieder frei." Angeblich hatten "einige ~~Faktionen~~ **[Aktivisten]** der GSPC den Rebellen im Tschad 200 000 Euro für die Freilassung von El Para und zweier seiner algerischen Gefolgsleute bezahlt".(18)

Die Information war falsch, der RFI-Journalist - vermutlich Opfer eines Täuschungsmanövers - berief sich später auf nicht näher genannte "Quellen im algerischen Militär". "Als diese Meldung gesendet wurde, habe ich Kontakt mit unserer Führung aufgenommen", erklärt Mohamed Mehdi. "Dort hat man mir bestätigt, dass sich El Para und zwei seiner Offiziere in der Hand eines unserer lokalen Kommandanten, an der Grenze zu Niger, befinden, dass alles andere aber frei erfunden sei." Mehdi setzte sich dafür ein, die Gefangenen wieder der Führung seiner Bewegung zu überstellen.

Nur Stunden später erhielt er einen Anruf von einem Geheimdienstoffizier des DRS, mit dem er einige Wochen zuvor in Algier zusammengetroffen war. Der DRS-Mann war außer sich und warf der MDJT-Führung vor, "den Austausch von El Para hintertrieben" zu haben. "Wir hatten keine Abmachungen getroffen", erklärt Mehdi heute. "Die Algerier haben hinter unserem Rücken mit einem lokalen Kommandanten verhandelt. Und wenn der Militärgeheimdienst so sehr daran interessiert war, El Para unauffällig nach Hause zu bringen, wieso hat er dann die Meldung in die Welt gesetzt, wir hätten ihn an die Salafisten verkauft?"

Im nächsten Schritt versuchte die MDJT, El Para und seine Kämpfer an Deutschland auszuliefern. Libyen sollte als Vermittler dienen, doch Anfang Juli scheiterte schon der erste Versuch der Überstellung von zwei Gefangenen: Libyen ~~bestätigte die Ankunft der beiden Islamisten~~, erklärte aber, sie seien bei einer Auseinandersetzung getötet worden. Die MDJT witterte Verrat und stoppte die Auslieferung. El Para durfte Journalisten von Paris Match ein Interview geben, das von einem Kameramann von France 2 aufgenommen wurde. Er erklärte, die Entführung der

32 Touristen im Frühjahr 2003 durchgeführt zu haben, bestritt aber jede Verbindung zu Bin Laden.(19)

Ende Oktober gelang es dem algerischen Geheimdienst endlich, das Problem zu lösen: Man bewog den örtlichen Kommandanten der MDJT zur Auslieferung des prominenten Gefangenen. Kaum war der "Bin Laden der Wüste" in Gewahrsam des DRS, sank sein Marktwert deutlich.(20) In der algerischen Presse wurde lediglich vermerkt, er engagiere sich für die von Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika propagierte Generalamnestie - die den Terroristen ebenso zugute kommen soll wie den Militärs, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit im "schmutzigen Krieg" der 1990er-Jahre zu verantworten haben.(21)

Dass es die Regierung Bush offenbar nicht eilig hatte, die "rechte Hand Bin Ladens in der Sahara" in ihre Gewalt zu bringen, mag erstaunen. Dies liegt aber wohl einfach daran, dass ihr seit dem 11. September 2001 gute Beziehungen zum algerischen Regime sehr wichtig sind. 2003 erklärte man Algerien zum demokratischsten Land der arabischen Welt - kurz zuvor war in Washington beschlossen worden, das algerische Militär in seinem Kampf gegen Terroristen durch die Lieferung von Rüstungsgütern zu unterstützen. Der entscheidende Schritt in der Zusammenarbeit bestand jedoch in der Einrichtung von Stützpunkten im Maghreb und in der Sahara, die im Rahmen der weltweiten Neuordnung des Systems der US-Militärbasen stattfand. Die USA wollen ihre großen, kostspieligen und unflexiblen Einrichtungen durch ein Netz kleiner, weniger personalintensiver Außenposten ersetzen.

Im November 2003, kurz nach den Geiselnahmen in der Sahara, begann die Umsetzung der so genannten Pan-Sahel-Initiative, deren Schwerpunkte nicht zufällig in Nord- und Westafrika liegen. Hier finden sich Lagerstätten, aus denen derzeit 17 Prozent der Ölimporte in die USA stammen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre soll die Quote auf 25 Prozent steigen. An der algerischen Sonatrach, mit schätzungsweise 32 Milliarden Dollar Umsatz (2004) der größte Ölkonzern Afrikas, kommt man dabei nicht vorbei.

Nach Dschibuti, zu dem alten Stützpunkt aus der französischen Kolonialzeit, sind bereits 2 000 US-Soldaten entsandt worden. Langfristig ist die Einrichtung von rund einem Dutzend Militärbasen in der Region geplant: in Senegal, Mali, Mauretanien, Niger, Tschad, Ghana, Marokko, Tunesien und Algerien.(22) Algerische Medien haben bereits über die Stationierung eines 400 Mann starken Voraustrupps von US-Spezialeinheiten in der Nähe von Tamanrasset berichtet. Bei der Entsendung weiterer Truppen in die Region - im Rahmen des amerikanischen geostrategischen Konzepts eines "Greater Middle East" - wird Algerien eine Schlüsselrolle spielen.

Im Frühjahr 2004 beschloss man in Washington, das Budget für die "Pan-Sahel-Initiative" von 7 Millionen auf 125 Millionen Dollar aufzustocken. Damit lassen sich die Waffenlieferungen an die Länder in der Region ausweiten. Damals hatte es in der algerischen Presse geheißt, die GSPC sei "der einzige Grund für die Präsenz der Amerikaner in der Region. Einige Entscheidungen dürften neu bewertet werden, falls El Para getötet und sein Tod offiziell bestätigt wird oder falls er gefangen genommen und an einen anderen Staat ausgeliefert wird"(23).

El Para außer Gefecht zu setzen konnte also weder im Interesse der USA noch in dem der Staaten der Region liegen - er war für sie alle nützlich, solange er sein Unwesen trieb. Um unangenehme Enthüllungen zu vermeiden, durfte er allenfalls von algerischen Sicherheitskräften festgesetzt werden. Richard Boucher, Sprecher des US-Außenministeriums, erklärte dazu im Juli 2004: "El Para und seine Komplizen sollten möglichst bald von den algerischen Behörden gefasst und vor Gericht gestellt werden."(24)

Die US-Initiative bedeutet auch einen Übergriff. Einige Länder, auf die amerikanische Konzerne nun ein Auge geworfen haben (etwa Tschad, Angola und sogar das stets frankreich-treue Gabun),(25) sind eigentlich Bastionen der französischen Einflussosphäre in Afrika. Und natürlich geht es den USA auch darum, den militärischen Einfluss Frankreichs zu begrenzen. Frankreich, das die algerischen Machthaber während der Jahre des "Totalen Kriegs" gegen die Islamisten stets gestützt hatte, muss nun fürchten, von der mächtigsten Nation der Welt aus der Region verdrängt zu werden. Dafür sprechen Waffenlieferungen, Konzessionen für die Prospektion und Ausbeutung von Ölvorkommen und neue Handelsabkommen - der 2004 gestartete amerikanische Eisenstat-Plan einer Freihandelszone, die mit Marokko inzwischen vereinbart ist(26), kann nur als Konkurrenzprojekt zu der für 2010 geplanten Freihandelszone der EU mit den Mittelmeeranrainern verstanden werden.

Nachdem der auf der Mittelmeerkonferenz im November 1995 begonnene "Barcelona-Prozess" nur schleppend voranging, verlegte sich Frankreich ganz auf die Stärkung der bilateralen Beziehungen. Der Staatsbesuch von Präsident Chirac in Algier am 2. März 2003(27) brachte diese Orientierung zum Ausdruck. Als nächster Schritt auf diesem Weg soll 2005 ein Freundschaftsvertrag geschlossen werden, um eine Sonderpartnerschaft auf allen Ebenen zu begründen - Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und natürlich auch militärische Zusammenarbeit.

Seither hat es zahlreiche Ministertreffen gegeben. Weil französische Unternehmen sich nach wie nur zögerlich in Algerien engagieren, plant die Regierung nun ein Rahmenabkommen zur Investitionstätigkeit. Auch ein Verteidigungsabkommen ist im Gespräch. In Paris zeigte man sich daher sehr enttäuscht, dass Algerien Ende 2004 aus der Internationalen Organisation der Frankophonie ~~ausgestiegen~~ **[nicht beigetreten]** ist.

Das algerische Regime hat es verstanden, die mit den Anschlägen vom 11. September 2001 veränderte Weltlage für sich zu nutzen. In Algier hatte man schnell begriffen, dass die USA in Nordafrika Fuß fassen wollten - vermutlich kam es dabei auch gelegen, einen lokalen "Bin Laden" gewähren zu lassen oder ihn gar zu fördern. Dass El Para in den Gewahrsam von tschadischen Rebellen geriet, war natürlich nicht geplant. Aber es sieht danach aus, als sei die neue Besetzung für die Rolle des Topterroristen bereits gefunden. In der algerischen Tageszeitung L'Expression hieß es kürzlich, die Sicherheitskräfte hätten nun die Schmugglerbande um Mokhtar Belmokhtar, angeblich seit langem mit der GSPC verbündet, ins Visier genommen: "Seit der Entführung europäischer Touristen im algerischen Großen Süden konzentrieren sich alle westlichen Geheimdienste auf die Verfolgung dieser Gruppe."(28) Man darf gespannt sein, wie es weitergeht.

deutsch von Edgar Peinelt

Fußnoten:

(1) "~~Groupe salafiste pour la prédication et le combat~~". Das arabische Wort salaf heißt "die Vorfahren" und meint die Verfasser der kanonisierten Texte über das Leben und die Sprüche des Propheten Mohammed. Die Salafisten verfechten eine buchstabengetreue Koranauslegung.

(2) Département de renseignement et de sécurité.

(3) La Tribune (Algier), 12. 10. 2004.

(4) The New York Times, 10. 12. 2002.

(5) Le Quotidien d'Oran, 6. 3. 2004.

(6) L. Aggoun, J.-B. Rivoire, "Francalgérie, crimes et mensonges d'Etats", Paris (La Découverte) 2004.

(7) ~~Am 17. 10. 1961 ließ der damalige Polizeipräfekt von Paris, Maurice Papon, eine Demonstration gegen den Algerienkrieg blutig niederschlagen.~~

(8) Paris-Match, 5.-11. 8. 2004.

(9) www.jihad-algeria.com.

(10) Le Quotidien d'Oran, 23. 10. 2004.

(11) Le Quotidien d'Oran, 18. 5. 2003.

(12) Reiner und Petra Bracht, "177 Tage Angst", Euskirchen (Highlightsverlag) 2004.

(13) Harald Ickler, "Entführt in der Wüste", Bergisch-Gladbach (Bastei-Lübbe) 2003.

(14) Siehe Lounis Aggoun in: Le Croquant (Lyon), Nr. 44 bis 45, Dezember 2004.

(15) Le Monde (Paris), 26. 5. 2004.

(16) L'Expression, 7. 6. 2004.

(17) Le Monde, 26. 5. 2004.

(18) Radio France Internationale, 2. 6. 2004.

(19) Siehe Fußnote 6 [8], und: Patrick Forestier, Paul Comiti, "Envoyé spécial", France 2, 9. 9. 2004.

(20) El-Watan (Algier), 30. 10. 2004.

(21) L'Expression, 28. 12. 2004.

(22) Junge Welt, 12. 7. 2004.

(23) L'Expression, 6. 6. 2004.

(24) Le Matin, 11. 7. 2004.

(25) Le Nouvel Observateur, 9.-16. 6. 2004.

(26) ~~Der US-Diplomat Stuart E. Eizenstat, unter dessen Leitung der Verbleib des "Nazigoldes" und der "nachrichtenlosen Konten" erforscht wurde, war in der Clinton-Ära zunächst Staatssekretär im US-Handelsministerium und war dann im Außenministerium für bilaterale Beziehungen zu den wichtigen Partnerländern zuständig.~~

(27) www.elysee.fr

(28) L'Expression, 27. 12. 2004.

** Redakteurin der Website Algeria-Watch (www.algeria-watch.org); Journalist bei Canal Plus.

Die Armee- und Geheimdienstchefs sind verantwortlich *und* schuldig

Kommuniqué zu den Behauptungen von Herrn Farouk Ksentini bezüglich der Verantwortung des algerischen Staates für das "Verschwindenlassen"

Algeria-Watch, Paris, Berlin, 4. April 2005

Anlässlich der Übergabe seines Berichtes zur Frage der "Verschwundenen" an den Präsidenten Abdelaziz Bouteflika am 31. März 2005 hat Farouk Ksentini, Vorsitzender der Nationalen Beratungskommission für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte (Commission nationale consultative pour la protection et la promotion des droits de l'homme, CNCPPDH), der algerischen und ausländischen Presse mehrere Interviews gegeben. Darin behauptete er, dass "das Verschwindenlassen in der Tat stattfand und dass es auf das Handeln von Staatsdienern zurückzuführen ist". Der Staat sei zwar "verantwortlich, aber nicht schuldig".

In einem Interview mit der französischen Tageszeitung *Le Monde* (3-4. April 2005) stellte Ksentini falsche Behauptungen auf. Ohne auf den Inhalt des Berichtes, der bis heute nicht veröffentlicht wurde, eingehen zu können, möchte Algeria-Watch zwei der falschen Behauptungen, die besonders weitreichende Konsequenzen haben, zurückweisen und richtigstellen.

Über die "Panik" des Staates und "den Bruch in der Befehlskette"

1. Zur Frage der Rolle des algerischen Staates beim tausendfachen Verschwindenlassen seit 1992 erklärt Ksentini: "Der Krieg der Terroristen war so vernichtend, dass der erste Verschwundene der Staat selbst war. Niemand befahl niemandem mehr. Dieser Bruch in der Befehlskette und die Panik erklären im großen Maße die Geschehnisse."

Diese Aussage ist völlig unzutreffend: Es hat keinen "Bruch in der Befehlskette" bei der Ausführung der "Anti-Terror-Repression" durch die "Sicherheitskräfte" gegeben. Es sind die Verantwortlichen dieser "Sicherheitskräfte", die skrupellos die Politik des Verschwindenlassens geplant haben. Manche Einzelheiten mögen heute noch nicht bekannt sein. Die Informationen allerdings, die aus den Untersuchungen der Menschenrechtsorganisationen und den Zeugnissen zahlreicher Polizisten und Militärs sowie der Personen, die einem "Verschwinden" entkamen¹ hervorgehen, bestätigen die Existenz dieser Politik des "geheimen staatlichen Terrors", der insbesondere auf der generalisierten Praxis der Folter und des Verschwindenlassens beruht.

Im Oktober 2003 haben Algeria-Watch und Salah-Eddine Sidhoum eine Zusammenfassung der zugänglichen Informationen in dem materialreichen Bericht *Algerien, die Todesmaschine* veröffentlicht.² Im Zusammenhang mit der "Befehlskette" in der Organisation des Verschwindenlassens macht diese Studie folgendes klar:

- Die Politik des Verschwindenlassens von Personen (Oppositionelle oder mutmaßliche Oppositionelle), die von Sicherheitskräften entführt wurden, wurde ab März 1994 auf Anordnung des Direktors des militärischen Geheimdienstes DRS (Département du renseignement et de la sécurité) Generalmajor Mohamed Mediène (genannt "Toufik") und seines Stellvertreters an der Spitze der Spionageabwehr DCE (Direction du contre-espionnage) Generalmajor Smail Lamari (genannt "Smain") generalisiert.

- Die Durchführung dieser Politik wurde aufs engste mit den Verantwortlichen des "Kampfes gegen die Subversion" an der Spitze der Armee (Armée nationale populaire, ANP) koordiniert, insbesondere mit Generalmajor Mohamed Lamari, Oberbefehlshaber der Armee, General Said Bey, Leiter des CCC/ALAS (Centre de conduite et de coordination des actions de lutte

¹ Siehe das Zeugnis von Mohammed Sebbar, das vom Observatorium für Menschenrechte in Algerien (ODHA) im November 2003 aufgenommen wurde. Sebbar wurde im Dezember 2002 festgenommen und sechs Monate lang in geheimer Haft im DRS-Zentrum von Ben-Aknoun festgehalten, wo er fürchterlich gefoltert wurde. Er berichtet: "Bei einer Gelegenheit während eines Verhörs holte Oberst Hassan eine Pistole heraus und sagte zu mir: 'Wenn du nicht die Wahrheit sagst, erledige ich dich und du kommst auf die Liste der Verschwundenen, und Gott weiß, dass wir viele Leute auf diese Liste gebracht haben!'" (<http://www.algeria-watch.org/de/observatorium/folter_sebbar.htm>).

² Vollständiger Bericht unter <http://www.algeria-watch.org/pdf/pdf_de/mordmaschine.pdf>

anti-subversive, Zentrum zur Durchführung und Koordination der Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung) und Kommandant der ersten Militärregion, und General Brahim Fodhil Chérif, stellvertretender Kommandant des CCC/ALAS und später Oberbefehlshaber der Gendarmerie (schließlich von 2000 bis 2004 Kommandant der ersten Militärregion).

- Die Praxis der Entführungen mit anschließendem Verschwindenlassen, die vor allem von 1994 bis 1998 systematisiert wurde, oblag ausgewählten Einheiten der Armee, des DRS, der Polizei und der Gendarmerie. Die Koordination dieser Aktionen wurde hauptsächlich von den lokalen Antennen des DRS in jeder der sechs Militärregionen, den CTRI (Centres territoriaux de recherche et d'investigation, Regionale Ermittlungs- und Aufklärungszentren), die dem Befehl von General Smail Lamari direkt unterstellt sind, übernommen.

- Eine wesentliche Rolle bei der Organisation des Verschwindenlassens von Personen (die systematisch gefoltert und anschließend meistens getötet wurden) spielen die Zentren des DRS: Das CTRI von Blida (genannt Haouch Chnou), das vom 1990 bis 2003 von Oberst Mehenna Djebbar geleitet wurde; das CTRI von Oran (Magenta), von Oberst "Abdelwahab", dann von Kommandant Hamidou geführt; das CTRI von Constantine (Bellevue), von Oberst Kamel Hamoud, schließlich von Oberst Karim geleitet; das CPMI (Centre principal militaire d'investigation, Militärisches Aufklärungshauptzentrum) von Ben-Aknoun in Algier, das von 1990 bis 2001 von Oberst Athmane Tartag, genannt "Bachir", geführt wurde.

- Insgesamt hat Algeria-Watch nicht weniger als 95 geheime Haft-, Folter- und Hinrichtungszentren identifiziert, die am Verschwindenlassen beteiligt sind.

Dieser Bericht und weitere Untersuchungen³ machen deutlich, dass - im Gegensatz zu den Behauptungen Ksentinis - nicht die "Panik" in den Staatsinstitutionen gegenüber dem "Terrorismus" die Praxis des Verschwindenlassens durch Sicherheitskräfte - die er anerkennt - rechtfertigte. Ganz im Gegenteil, selbst wenn ihre Funktionsweise über die Jahre geheim geblieben ist (wie dies in allen Armeen der Fall ist, die zu illegalen Methoden bei der Aufstandsbekämpfung zurückgreifen), so wurden - und sind bis heute - die Befehlsketten, die die "Todesmaschine" strukturieren, strengstens von den Armeechefs kontrolliert und insbesondere von den Leitern des DRS, den Generälen Mohamed Mediene und Smail Lamari, die noch immer im Amt sind.

Zahlreiche Offiziere und Polizisten, die dieser Befehlskette angehören und die für das Verschwindenlassen verantwortlich sind, sind bekannt und namentlich in dem genannten Bericht erwähnt. Die "Erkennbarsten" sind zwar vor kurzem höflich abgesetzt (die Generalmajore Mohamed Lamari und Brahim Fodhil Chérif traten im August 2004 zurück) oder aufs Abstellgleis geschoben worden (Oberst Bachir Tartag, der zum General ernannt wurde), doch die meisten sind heute immer noch aktiv, und alle könnten leicht angeklagt werden, wenn eine wirklich unabhängige Justiz - die es in Algerien nicht gibt - den Anzeigen der Angehörigen der Opfer von Verschwindenlassen nachkommen würde.

"500 000 Algerier wurden wegen Terrorismusverdacht den Gerichten vorgeführt"

2. Farouk Ksentini versucht die Dimension des Verschwindenlassens in seinem Interview in Le Monde zu minimisieren: "Insgesamt wurden 500 000 Algerier wegen Terrorismusverdacht den Gerichten vorgeführt. Wenn diese enorme Zahl mit derjenigen der Verschwundenen [6146 laut Ksentini] verglichen wird, können wir daraus schließen, dass im großen und ganzen die Dinge korrekt ausgeführt wurden."

Diese zweite Behauptung, die aus dem Munde eines Juristen einen kriminellen Zynismus bezeugt, ist aus verschiedenen Gründen genauso abwegig wie die erste.

- Bevor Ksentini diese Erklärung abgab, gab es keine Informationen, auch aus offiziellen Kreisen nicht, über eine so große Anzahl von Gerichtsverfahren. Fakt ist aber, dass in den Wochen nach dem Putsch im Januar 1992 Tausende von islamistischen Oppositionellen oder Verdächtigen (zwischen 15 000 und 30 000) für mehrere Monate (und bis zu vier Jahren in einigen Fällen) in Administrativhaft genommen wurden, ohne dass sie der Justiz vorgeführt wurden. Später wurden im Zuge der unzähligen von Sicherheitskräften durchgeführten Durchkäm-

³. Siehe insbesondere die 19 Berichte, die das *Komitee Gerechtigkeit für Algerien* für die 32. Session des ständigen Tribunals der Völker über die Menschenrechtsverletzungen in Algerien (Paris, November 2004) erarbeitet hat. Darunter: Collectif des familles de disparu(e)s en Algérie, *Les disparitions forcées en Algérie*, mai 2004, <www.algerie-tpp.org/tpp/pdf/dossier_3_disparitions.pdf> ; Jeanne Kervyn et François Geze, *L'organisation des forces de répression*, septembre 2004, <www.algerie-tpp.org/tpp/pdf/dossier_16_forces_repression.pdf>.

mungsoperationen und Strafexpeditionen Zehntausende von Personen festgenommen. Die Vorführung vor einem Richter war eher die Ausnahme als die Regel, die Folter allerdings war systematisch. Darüber hinaus wurden im September 1992 "Sondergerichte" eingeführt, die laut offiziellen Angaben bis im Februar 1995 ca. 15 000 Verfahren auf der Grundlage des Gesetzes gegen "die Subversion und den Terrorismus" durchführten.⁴ Dennoch hat die Militärführung - insbesondere Mohamed Lamari und Smail Lamari - ab 1993 und 1994, laut den Aussagen mehrerer Dissidenten aus dem Offizierskorps, aufgrund der zahlreichen Freisprüche der Gerichte immer häufiger den Verantwortlichen der Befehlsketten folgenden Befehl gegeben: "Ich will keine Gefangenen, ich will Tote!"

- Herr Ksentini stört sich nicht an seinen Widersprüchen: Wenn die Befehlsketten "gebrochen" waren und "Panik" innerhalb der Sicherheitskräfte herrschte, wie sollten sie die Hunderttausende von Verdächtigen "korrekt" der Justiz übergeben haben?

- Ksentini gibt nicht nur keine Quelle für die Zahl der "500 000" Personen, die den Gerichten vorgeführt wurden. Kein Wunder, da es nicht der Realität entspricht. Am 9. März 2005, also drei Wochen vor dem Interview in *Le Monde*, nannte er höchstpersönlich gegenüber der algerischen Tageszeitung *La Tribune* eine wesentlich geringere Zahl. Dies zeigt, dass diese frei erfundenen Angaben auf keiner Grundlage basieren. Gegenüber *La Tribune* sagte er: "In diesen Jahren haben die Sicherheitskräfte ca. 300 000 Personen wegen freiwilliger oder erzwungener logistischer Unterstützung des Terrorismus festgenommen. Diese Personen wurden den Gerichten übergeben. Das bedeutet ganz einfach, dass die Institutionen meistens den normalen Weg gegangen sind, d.h. diese Personen den Gerichten vorgeführt haben, damit diese über ihre Schuld befinden. Von diesen 300 000 Fällen wurden nur 6 146 nicht der Justiz übergeben. Wenn man die beiden Zahlen miteinander vergleicht, kann man sagen, dass die Dinge im Allgemeinen normal liefen. Nur eine Minderheit von Fällen verstößt gegen diese Regel. Dies bleibt gering gegenüber den 300 000 Fällen, die wegen Unterstützung des Terrorismus den Gerichten übergeben wurden."

- Die Zahl von "6146 Verschwundenen" ist frei erfunden: Angesichts der Rechtlosigkeit, die in Algerien herrscht, konnte keine unabhängige und seriöse Untersuchung die genaue Zahl der Opfer von Verschwindenlassen ermitteln. Bis heute haben viele Familien aus Angst vor den Repressalien des DRS das Verschwinden ihrer Angehörigen nicht registrieren lassen, auch nicht von unabhängigen Vereinen von Familien von Verschwundenen. Letztere haben dennoch über 7000 Fälle dokumentieren können. Die Menschenrechtsliga LADDH beziffert ihrerseits die Verschwundenen auf 18 000 (eine Zahl, die ins Verhältnis gesetzt werden muss zu den Angaben eines geflohenen Unteroffiziers des CTRI in Blida, Abdelkader Tigha, der die Zahl der hingetrichteten "Verschwundenen" allein in diesem Zentrum auf mindestens 4000 schätzt).

Eine skandalöse Leugnung der Wirklichkeit

Ksentini betreibt eine skandalöse Leugnung der Wirklichkeit, wenn er in dem Interview in *Le Monde* betont: "im Gegensatz zu den Behauptungen der NGO's hat der algerische Staat nicht das Verbrechen mit dem Verbrechen bekämpft, sondern war gesetzestreu". Zahlreiche andere seiner Behauptungen folgen der gleichen Logik. Sie bekräftigen, dass das Projekt der "Generalamnestie", das Präsident Bouteflika bald den Algeriern mit einem Referendum präsentieren wird, sich hauptsächlich auf den Bericht der "Ksentini-Kommission" stützen wird. Dieses Vorhaben ist aber nichts anderes als eine Operation des Reinwaschens von den Verbrechen gegen die Menschheit, die von den Verantwortlichen der Sicherheitskräfte organisiert und durchgeführt wurden (sowie von den sich auf den Islam berufenden bewaffneten Gruppen; es ist mittlerweile erwiesen, dass viele - wenn auch jedenfalls bis 1995 nicht alle - dieser Gruppen vom DRS manipuliert oder kontrolliert wurden, in der Absicht, die islamistische Opposition zu diskreditieren und die von der Armeeführung organisierten Verbrechen zu verschleiern.⁵)

Algeria-Watch verurteilt dieses Fälschungsmanöver aufs Schärfste und appelliert an alle, die - in Algerien und auf der internationalen Ebene - die Überzeugung teilen, dass Wahrheit und Gerechtigkeit in der algerischen Tragödie endlich zu ihrem Recht verholfen und die aktuellen Täuschungsmanöver seitens der Hauptverantwortlichen und ihrer Komplizen verhindert werden müssen.

⁴ONDH (Observatoire national des droits de l'homme), *Rapport annuel 1994-1995*, Alger, 1996, S. 59.

⁵. Siehe insbesondere der für das Komitee Gerechtigkeit für Algerien erstellte Bericht: Salima Mellah, *Le mouvement islamiste algérien entre autonomie et manipulation*, mai 2004, <www.algerie-tpp.org/tpp/pdf/dossier_19_mvt_islamiste.pdf>.

Generalamnestie

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren und keiner weiß worum es geht

Algeria-Watch, 27. Januar 2005

Präsident Bouteflika hat am 1. November 2004, dem 50. Jahrestag des Beginns des Befreiungskrieges, eine Generalamnestie in Aussicht gestellt. Dieser sollte ein Referendum vorausgehen, bei dem die Bevölkerung für oder gegen das Projekt stimmen soll. Seitdem fließt viel Tinte über diese folgenreiche Absichtserklärung, doch Genaueres weiß niemand. Die Spekulationen über die Zielgruppen der Amnestie übersteigen manchmal jegliche realistische Vorstellung: Die einen meinen, dass nicht allein die Mitglieder der bewaffneten Gruppen davon betroffen sein werden, sondern auch die Sicherheitskräfte, andere sprechen von Steueramnestie, wieder andere meinen die *Harkis* (1954-1964 an der Seite der französischen Kolonialarmee kämpfende Algerier) und die *Pieds-Noirs* (Bezeichnung für die während der Kolonialzeit in Algerien geborenen Europäer, für die allerdings kein Anlass zur Amnestierung vorhanden ist) könnten rehabilitiert werden, usw.

Plötzlich erfährt die Öffentlichkeit ganz nebenbei über die algerische Presse⁶, dass eine Nationale Kommission für die Generalamnestie existiert. Der Sitz der Kommission befindet sich in den Räumlichkeiten des PRA (Parti du renouveau algérien), der an der Regierungskoalition teilnimmt. Der Vorsitzende der Kommission Abderezak Smail offenbarte auf einer Pressekonferenz am 18. Januar, dass diese Struktur bereits am 2. Dezember 2004 von einer „Gruppe von Persönlichkeiten aller politischen und gesellschaftlichen Strömungen“ gegründet wurde. Er stellte klar, dass sie ein „informeller Rahmen ist, der sich der Aufgabe widmet, die Öffentlichkeit für die Frage zu sensibilisieren“. Abderezak Smail zählte acht Punkte auf, für die sie mobil machen:

1. Aufhebung der Strafverfolgungen innerhalb wie außerhalb des Landes für all diejenigen, die in die nationale Tragödie verwickelt waren;
2. Aufhebung der Gerichtsentscheidungen, die Personen betreffen, die in die nationale Tragödie verwickelt waren;
3. Rehabilitierung der Opfer;
4. Amnestierung derjenigen, die auf beiden Seiten an der Konfrontation beteiligt waren;
5. Steueramnestie für die ökonomisch Geschädigten dieser Tragödie;
6. Rehabilitierung der nationalen und historischen Persönlichkeiten, ohne jegliche Ausnahme;
7. Pluralistische Öffnung für Parteien, Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft und Medien;
8. Amnestierung derjenigen, die Waffen tragen, im Respekt der Werte der Republik.

Er kündigt weiter an, dass bereits Gespräche mit Emiren von bewaffneten Gruppen stattgefunden hätten und weitere vorgesehen seien und dass ein ehemaliger Emir an der Pressekonferenz teilnehmen würde.

Ein Mitglied des Nationalbüros der Kommission, Mebarek Khaled Serrai, fügte laut El Watan hinzu, „das Arbeitsprogramm der Kommission habe die Zustimmung der höchsten Autorität des Staates, d. h. des Staatspräsidenten, erhalten.“

Die Pressekonferenz offenbarte auch, dass Ahmed Ben Bella, der erste Staatschef des unabhängigen Algerien, Präsident Bouteflika gebeten habe, an der Kommission teilzunehmen, und ihr Ehrenpräsident ist.

Ob nun diese Kommission wirklich repräsentativ oder mal wieder ein Feigenblatt für eine Operation ist, die andernorts durchdacht und durchgeführt wird, ist noch nicht klar. Allerdings erinnert diese halboffizielle Kommission an verschiedene frühere Initiativen der so genannten

⁶El Watan, 19. Januar 2005.

„Zivilgesellschaft“, deren einzige Funktion darin bestand, die Entscheidungen der wirklichen Machthaber gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren. Auffallend ist, dass ihre Zusammensetzung nicht bekannt ist und bisher mit Ausnahme von Ahmed Ben Bella keine bekannten Persönlichkeiten das Projekt öffentlich unterstützen.

Vielerorts finden allerdings Versammlungen statt, um der Bevölkerung die Idee einer Amnestie näher zu bringen, ohne dass jedoch Einzelheiten über ihren Inhalt und ihre Ausführung bekannt sind. Diese offiziellen Veranstaltungen werden von Senatoren oder Organisationen veranstaltet, die offensichtlich keine Beziehung zu diesem Thema haben, wie z. B. die Nationale Organisation der algerischen Transporteure. Erklärtes Ziel dieser Mobilisierung sei die Schaffung der Voraussetzungen für eine nationale Versöhnung.

Allerdings scheint die algerische Regierung bei ihrem Vorhaben die Unterstützung der Amerikaner zu genießen. Mal wieder wurde die algerische Öffentlichkeit nicht offiziell über das Vorhaben informiert. In einer Pressekonferenz am 25. Januar erklärte Edward Royce, amerikanischer Abgeordneter und Vorsitzender einer Delegation des amerikanischen Kongresses, nach einem zweitägigen Aufenthalt in Algerien: „Wir führen Gespräche über die Terrorismusbekämpfung und die von der algerischen Regierung getroffenen Maßnahmen, die manchen Personen, die zurückkommen und sich wieder in die Gesellschaft integrieren wollen, angeboten werden sollen. Dieses Problem ist bei weitem nicht so komplex wie vor zehn Jahren.“⁷ Diese Gespräche sollen mit Präsident Bouteflika, Außenminister Abdelaziz Belkhadem, Parlamentspräsident Amar Saidani, Senatspräsident Abdelkader Bensalah und dem Generalsekretär des Verteidigungsministeriums General Sanhadji stattgefunden haben. Über den genauen Gehalt dieser Diskussionen wurde freilich nichts bekannt. Offensichtlich wurde aber die Frage der Menschenrechtsverletzungen und der Pressebeschränkungen ausgespart. Verständlich, denn diese Treffen sollten vor allem dazu dienen, die Bemühungen Algeriens in Sachen Terrorismusbekämpfung hervorzuheben. Sagte nicht Edward Royce: „Wir (die Amerikaner) können noch viel von Algerien lernen“? Wahrlich, Guantanamo reimt sich nicht gut auf Amnestie. Oder doch?

⁷Liberté, 26. Januar 2005.

"Keine Amnestie ohne Wahrheit und Gerechtigkeit"

Pressekonferenz der Familien von Verschwundenen

Algeria-Watch, 4. Februar 2005

Zum ersten Mal trafen sich fünf Organisationen von Opfern des Terrorismus und von Familien von Verschwundenen, um öffentlich gegen die Absicht der Regierung, eine Generalamnestie zu erlassen, zu protestieren. In einer am 30. Januar 2005 organisierten Pressekonferenz kündigten sie eine Kampagne an, die das Vorhaben der Regierung vereiteln soll.

Frau Yous, Vorsitzende von SOS-Disparus, erklärte, dass niemand gegen den Frieden sei, aber „dieser Frieden nicht auf das Vergessen, das Fehlen der Wahrheit und der Gerechtigkeit aufgebaut werden kann. Frau Halaimia, Koordinatorin der Nationalen Organisation der Opfer des Terrorismus (Onvitad), bekräftigte ihrerseits, dass die Wiederherstellung der Sicherheit „nicht von dem Verzicht der Familien der Opfer auf ihr Recht auf Wahrheit“ abhängig gemacht werden darf. Frau Nacera Dutour, Vertreterin des *Collectif des Familles de disparus*, schloss „das Schließen dieses Buches des Schreckens, ohne die Wahrheit zu verlangen,“ kategorisch aus. Frau Ighil, Vertreterin der *Association nationale des familles de disparus*, hat in ihrer Ansprache insbesondere die Haltung von Farouk Ksentini, dem Vorsitzenden der Nationalen Kommission der Verteidigung der Menschenrechte, kritisiert: „Er spricht die Staatsorgane von ihrer mutmaßlichen strafrechtlichen Verantwortung für die illegalen Festnahmen frei. (...) Herr Ksentini ist nicht befugt, irgendjemanden anzuklagen oder freizusprechen. Dies ist die Aufgabe der Justiz. Unsererseits behaupten wir, dass eine zentrale Entscheidung für das Verschwinden unserer Angehörigen verantwortlich ist. Wir verlangen, dass die Verantwortlichen dieser Entscheidung vor Gericht gestellt werden (...) Wir werden nicht vom Geist der Rache getrieben, wir wollen nicht den Kopf des einfachen Polizisten, aber wir wollen Gerichtsurteile, und unser Kampf ist die Pflicht zur Erinnerung.“

Angesichts der Tausenden von Verschwundenen, deren Angehörige genaue Angaben zu den Festnahmen, den Verantwortlichen für letztere und den Verbleib der Opfer in den ersten Tagen der Inhaftierung gesammelt haben, ist nicht hinnehmbar, dass die Suche nach ihrem Verbleib aufgegeben werden soll. „Wie sollten die Familien, die gesehen haben, wie ihre Kinder von Staatsorganen offiziell festgenommen wurden und deren weiteres Schicksal ihnen unbekannt ist, auf die Wahrheit und das Anrufen der Justiz verzichten können? Eine solche Amnestie dient dazu, Ermittlungen über die Verantwortlichen der Entführungen zu verhindern, und verstärkt das Klima der Straflosigkeit. Sie trägt nicht dazu bei, die Achtung der Menschenrechte und des Rechtsstaates zu stärken.“

Ali Lembaret, Vorsitzender von Somoud, einer Organisation der Familien von Personen,, die von bewaffneten Gruppen entführt wurden, fragt sich, wem die Amnestie nützen soll: „Nach dem Gesetz der Rahma, der „amnestierenden Gnade“ für die AIS und der zivilen Eintracht - wer soll da mit diesem Gesetz geschützt werden?“⁸ Und er fährt fort: „Welche Botschaften sollen den zukünftigen Generationen vermittelt werden, wenn man sie die Straflosigkeit lehrt und das Gesetz des Schweigens über die Massaker und den Genozid verhängt?“

Im Namen der *Ligue algérienne de défense des droits de l'homme* hat Herr Hocine Zehouane das Prinzip der Forderung nach Wahrheit und Gerechtigkeit unterstützt. Er hob hervor, dass die Massaker, Entführungen und Folterungen Verbrechen gegen die Menschheit sind und nicht verjähren. Deshalb müsse die Frage eines Referendums öffentlich und loyal debattiert werden. Er kündigte an, dass die LADDH in einem juristischen Memorandum die Unverjährbarkeit der Verbrechen, die amnestiert werden sollen, nachweisen will. „Die Bemühungen der Familien der Verschwundenen und der Menschenrechtler um die Anerkennung der Verbrechen stoßen auf

⁸1995 wurde das Gesetz der Rahma (Barmherzigkeit) für diejenigen erlassen, die sich den Behörden stellen und keine Verbrechen begangen hatten. 1999 erließ Präsident Bouteflika das Gesetz der zivilen Eintracht, das Ähnliches vorsah. Die „amnestierende Gnade“ betraf die Mitglieder der bewaffneten Gruppen, die seit 1997 einen Waffenstillstand einhielten. Sie wurden als Gruppe von jeglicher strafrechtlichen Verfolgung freigesprochen.

Grenzen aufgrund der Komplizenschaft zwischen der UNO und der algerischen Regierung.“ Hocine Zehouane meint, dass „gegenseitige Interessen die Vereinten Nationen daran hindern, sich dieser Frage anzunehmen. Gewiss könne man sich an die Afrikanische Kommission der Menschenrechte wenden, aber diese sei auch durch Korruption verdorben.“

Die anwesenden Personen erklärten, dass sie eine nationale und internationale Kampagne starten wollen, um die „Weihe der Straflosigkeit“ zu verhindern. Sie betonte zudem ihren Willen „ein freies und gesundes Algerien und einen wirklichen Frieden auf solide Fundamente und nicht auf ein Meer von Blut, nämlich das ihrer Angehörigen, aufzubauen“⁹

IFJ Condemns "Systematic Judicial Harassment" of Journalists in Algeria

30/03/2005

The International Federation of Journalists today condemned a series of indictments issued last Tuesday by the Algiers Public Prosecutor's Office against four journalists and the managing editor of the independent daily, Le Matin. The paper has been suspended since 23 July 2004.

Youcef Rezzoug, Yasmine Ferroukhi, Abla Chérif, Hassane Zerrouky and Mohamed Benchicou were summoned in two successive trials on 15 March 2005, in connection with allegations of racketeering made against several politicians and charges of financial mismanagement made against the Sonatrach oil company in a 7 August 2003 article. The defence refuted the accusations point by point, drawing on information published in the national and international press which supported the allegations in the article.

Nevertheless, the State held the journalists personally and directly accountable for the charges. The Prosecutor's Office requested a six-month prison term with no parole and a 50,000 dinar fine (approx. US\$710; 550 euros) for each of the accused, despite the fact that the civil plaintiffs had requested only "a symbolic dinar" fine in both cases.

Mohamed Benchicou was summoned to appear before the court in both cases. The managing editor of Le Matin, who has already spent more than eight months in prison, also faces another six-month term. The sentence would be a symbolic one as Benchicou is already serving a two year prison term, which precludes cumulative sentencing.

"The most disturbing element of these repeat hearings is that charges of defamation may be brought against journalists without the plaintiff providing any proof of the offence," said the IFJ's regional coordinator in Algiers, Nadir Benseba. "It is the hallmark of an authoritarian regime to complacently accept such defamation complaints while refusing to accept criticism," he added.

Targeted attacks on journalists in Algeria are facilitated by a Penal Code that is particularly repressive towards the press. Verdicts in the two cases are expected to be announced on 12 April. Observers following the cases fear a worsening of the situation following a recent ban on some foreign publications

The IFJ calls for a concerted response from the international community in the face of the serious harassment faced by the independent press in Algeria.

For further information please contact +32 2 235 22 07

The IFJ represents over 500,000 journalists in more than 110 countries

⁹Quellen: Liberté, 31. Januar 2005; La Tribune, 31. Januar 2005; Le Soir d'Algérie, 31. Januar 2005, Le Quotidien d'Oran, 31. Januar 2005.

Algeria: Amnesty law risks legalizing impunity for crimes against humanity

Joint statement

Algerian President Abdelaziz Bouteflika's proposal of a general amnesty for human rights abuses committed in the country's brutal internal conflict may permanently deprive victims or their families of their right to truth, justice and reparation, a group of international human rights organizations warned today.

The organizations include Amnesty International, Human Rights Watch, the International Center for Transitional Justice, the International Commission of Jurists and the International Federation for Human Rights.

President Abdelaziz Bouteflika is proposing an amnesty law as a step towards "national reconciliation". He has recently declared that he envisages a referendum on the law "as soon as the necessary conditions are satisfied".

So far, little is known about the terms of the proposed amnesty. No draft law has been made public, but official statements indicate that the law will grant exemption from prosecution to any member of an armed group, state-armed militia or the security forces for crimes committed in the course of the conflict, including serious human rights abuses.

This proposal comes after years of failure by the Algerian authorities to investigate the human rights abuses committed during the internal conflict that began in 1992. This failure is all the more serious in light of the severity and magnitude of these abuses, some of which amount to crimes against humanity.

In recent public statements, President Abdelaziz Bouteflika has said that 200,000 people have been killed during the conflict. Tens of thousands are civilian men, women, and children who were killed in violent attacks. Thousands have been tortured in detention. Thousands more have "disappeared" after arrest by the security forces or have been abducted by armed groups and summarily executed by them.

In the overwhelming majority of cases, the authorities have not taken action to clarify the circumstances of the crimes and bring the suspected perpetrators to justice, despite the tireless efforts of victims and their families to search for the truth and provide information to the judicial authorities in cases where complaints have been filed.

In this context, a general amnesty would leave the legacy of the past unresolved and might permanently undermine future prospects for full human rights protection. It would prevent the truth about the crimes of the past from ever emerging in Algerian courts, and thus impede any chances of ensuring that justice and accountability become part of a transition to peace.

The amnesty would also sanction the lack of investigations into thousands of "disappearances". At the end of March, a state-appointed commission on "disappearances", commonly referred to as the ad hoc mechanism, submitted a report and recommendations to President Abdelaziz Bouteflika. This report has not been made public. According to media reports, it stated that 6,146 people had "disappeared" at the hands of security forces between 1992 and 1998, based on complaints made by relatives, and its key recommendation was to pay compensation to the families. So far, no details have emerged regarding how compensation would be allocated in practice, and what financial and other resources would be made available by the state.

The official acknowledgement that thousands of "disappearances" were committed by state agents is a significant development. However, the commission did not have a mandate to clarify the fate and whereabouts of those who "disappeared", or to identify those responsible. Without providing any evidentiary basis, the head of the commission, Farouk Ksentini, has stated in media interviews that the "disappearances" were isolated acts of individual state agents, thereby attempting to exonerate their commanders from any criminal responsibility and absolve the state from its duty to investigate and hold those responsible to account. Farouk Ksentini has also stressed that state agents should benefit from the forthcoming amnesty measure.

Organizations of families of the "disappeared" have read these announcements as the final denial of truth and justice. The families have spared no effort to trace their relatives, sometimes

for more than a decade, during which time they have faced continuous uncertainty over whether they are dead or alive. Their complaints in Algerian courts have been stalled or closed because the judicial authorities have been unable or unwilling to conduct genuine investigations. So far, to the knowledge of the signatory organizations, no single family of a "disappeared" person has been presented with verifiable information about the fate or whereabouts of their relative.

The signatory organizations recognize that the legacy of Algeria's past should be dealt with in ways determined by Algerians themselves, in a national discussion where freedom of expression, assembly and association, and the right to information, are fully respected. However, the fundamental principles of truth, justice and reparation cannot be compromised. The signatory organizations oppose amnesties, pardons and similar measures that prevent the emergence of the truth, a final judicial determination of guilt or innocence, and full reparations to victims and their families.

Concerning the prospect of a referendum on the amnesty law, the signatories remind the Algerian government that it cannot evade its international obligations by adopting national legislation which runs contrary to them, regardless of whether this is done by parliament or by referendum. Respect for and protection of fundamental human rights cannot be subject to a majority vote.

Amnesties, pardons and similar national measures that lead to impunity for crimes against humanity and other serious human rights abuses, such as torture, extrajudicial executions and "disappearances", contravene fundamental principles of international law. Authorities such as the UN Secretary General, authoritative UN and regional bodies, and international tribunals have stated that there should be no amnesties or similar measures that afford impunity for serious human rights abuses.

The signatory organizations reiterate their call on the Algerian government to uphold the right of all victims of serious human rights abuses to truth, justice and reparation. The organizations believe that such guarantees are essential to any process of reconciliation. They are also essential, among other measures, to give solid foundations to the future protection of human rights.

Background

President Bouteflika first publicly evoked the prospect of a general amnesty in November 2004. The proposal follows earlier measures taken with the stated intention of bringing about national reconciliation. In 1999, the so-called Civil Harmony law granted clemency to members of armed groups who renounced violence. Those who had not killed, raped or placed bombs in public places were to be granted exemption from prosecution, while those who had committed such crimes would receive reduced sentences.

Little information is available about the application of this law and about judicial proceedings against armed group members found to have committed serious human rights abuses. Reports by local activists, victims and their families indicate that judicial investigations were generally not carried out and that thousands of armed group members have been de facto exempted from prosecution, without any assessment of whether or not they had committed grave human rights abuses.

A presidential decree in January 2000 granted amnesty to hundreds of members of certain armed groups which had declared cease-fires in 1997, regardless of whether or not they had committed human rights abuses.

For more information please call the numbers below:

Amnesty International:

Nicole Choueiry, Press officer Middle East and North Africa: +44 20 7241 5511/ +44 7831 640 170

Human Rights Watch:

Eric Goldstein, Research Director, Middle East and North Africa Division: +33 1 45 40 62 51/ +33 6 20 67 27 27

The International Center for Transitional Justice:

Suzana Grego, Director of Communications: +1 917 438 9331

The International Commission of Jurists:

Federico Andreu-Guzman, Deputy Secretary General: +41 22 979 38 19/ +41 22 979 38 00

The International Federation for Human Rights:

Antoine Bernard, Executive director: +33 1 43 55 25 18

Algerien: Der Ausverkauf hat begonnen

Teilprivatisierung der Bodenschätze beschlossen, Trinkwasser steht als nächstes auf der Liste, EU und WTO stehen im Hintergrund

Bernhard Schmid, Telepolis, 07 April 2005

Vor kurzem hat das algerische Parlament nach über drei Jahrzehnten die Nationalisierung des Erdöl- und Erdgassektors aufgehoben. Kurz zuvor hatte es das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union ratifiziert, das eine weitgehende "Öffnung" der algerischen Ökonomie für europäisches Kapital und eine Liberalisierung seiner Märkte vorsieht. Als nächstes wird nunmehr auch über die Privatisierung des Trinkwassers debattiert.

Das "Loi sur les hydrocarbures", das neue Gesetz bezüglich der Erdöl- und Erdgasförderung, sieht vor, dass ausländische Unternehmen in Zukunft nicht mehr nur Minderheitsbeteiligungen an Förderstätten und -anlagen erwerben dürfen. Es wurde am 20. März vom algerischen Parlament verabschiedet. Künftig dürfen "westliche" und andere Investoren grundsätzlich 70 Prozent der Anteile übernehmen. Unter bestimmten Bedingungen können ausländische Firmen auch hundertprozentige Eigentümer einer Lagerstätte werden. Dies gilt vor allem dann, wenn die staatliche algerische Erdölfirma Sonatrach auf die Ausbeutung einer neu entdeckten Lagerstätte fossiler Brennstoffe verzichtet.

Ölfeder bei Hassi Messaoud

Als Motivation für diesen tiefen Einschnitt in der jüngeren algerischen Geschichte werden mehrere Gründe von der Regierung benannt. Einerseits wird angegeben, dass man befürchtet habe, angesichts der in rapiden Schritten erfolgenden Öffnung des Nachbarlands Libyen für westliches Kapital ins Hintertreffen zu geraten. Andererseits erhoffe man sich von den erwarteten Investitionen eine dringend nötige technologische Modernisierung des Erdöl- und Erdgassektors.

Ob die Hoffnung auf einen Technologietransfer, der auch Algerien nutzen würde, aufgehen wird, muss jedoch als äußerst fraglich gelten. Bereits heute sind europäische, nordamerikanische und australische Erdölkonzerne in der algerischen Wüste aktiv, wo sie regelrechte Enklaven errichtet haben, die gegenüber dem Rest des umgebenden Landes weitgehend abgeschottet sind: Von den Nahrungsmitteln für die dort tätigen westlichen Techniker und Ingenieure bis zu den Wachhunden wird ausnahmslos alles Notwendige eingeflogen. Von der Bezirkshauptstadt Ouargla in der algerischen Sahara bis zum einige Dutzend Kilometer entfernten Hassi Messaoud, wo die größten bisher entdeckten Erdgasvorkommen des Landes lagern, dürfen die Einwohner nicht ohne speziellen Passierschein fahren - "ein Visum", wie die Bevölkerung es ironisch nennt. L'Algérie utile, "das nützliche Algerien", wie die Leute im ganzen Land sarkastisch sagen - unter Hinweis auf die eigene Rolle als "überflüssige Esser" - ist bereits heute eine eigene Welt.

Historischer Rückblick: Es war einmal... die "volkseigene" Erdölindustrie

Die Nationalisierung der Öl- und Gasindustrie durch das damalige staatssozialistische Regime des Front de libération nationale (FLN, Nationale Befreiungsfront) im Februar 1971 hatte ursprünglich einmal das Herzstück eines autozentrierten Entwicklungsmodells gebildet: Die vom Staat abgeschöpfte "Ölrente" sollte in den Aufbau einer diversifizierten Industrie investiert werden. So sollte die strukturelle Unterentwicklung der ehemaligen Kolonie, deren Wirtschaft früher auf die Bedürfnisse der "Metropole" Frankreich zugeschnitten worden war, überwunden werden.

Dieses Vorhaben war aber bereits in den achtziger Jahren gescheitert. Dazu trug das Technikdiktat westlicher Konzerne bei, die dem nordafrikanischen Land veraltete, überdimensionierte oder den örtlichen Bedingungen nicht angepasste Anlagen verkauften oder die Algerier in

Abhängigkeit von Ersatzteilen und Wartungsarbeiten durch eigene westliche "Experten" hielten. Aber auch die Korruption der einheimischen Eliten, die sich mitunter Schrott andrehen ließen, sofern sie nur selber saftige Kommissionen kassieren und aus ihren Beziehungen ins reichere Ausland Nutzen ziehen konnten, bildete eine wichtige Ursache.

Die westalgerische Metropole Oran und ihr Umland wiesen beispielsweise in den 70er Jahren eines der modernsten Telefonnetze auf, das aber höchstens jede zweite Woche funktionierte: Reparatur und Wartung hingen vom schwedischen Telefonunternehmen Ericsson ab, das mit der allfälligen Behebung von Störungen auf sich warten ließ. Daraufhin versuchte der schwedische Konzern eine Zeit lang sogar, ein eigenes algerisches Personal auszubilden, das sich mit den geläufigsten technischen Problemen auskennen sollte. Doch die Funktionäre, die nach Schweden geschickt wurden, hatten vor allem im Sinne, während der paar Woche Aufenthalts von dem gigantischen Unterschied der Lebensverhältnisse zu profitieren - und verpassten ihr Geld in vollen Zügen, bevor sie, genau so klug wie zuvor, nach Hause fuhren.

In den 70er Jahren hatte sich Algerien im Vertrauen auf die Erfolge seiner Industrialisierungs- und Entwicklungspolitik verschuldet. Doch als in den Jahren 1985/86 der Rohölpreis auf den Weltmärkten in den Keller sank, wurde es mit der Rückzahlung zunehmend schwer. Und da zugleich die in Fremdwährung vereinbarten Schuld- und Zinsbeträge - namentlich wegen des damaligen hohen Dollarkurses - gegenüber dem sinkenden Wert des algerischen Dinar ins Unermessliche kletterten, saß Algerien nun vollends in der "Schuldenfalle". Nunmehr konnten westliche Gläubigerstaaten und internationale Finanzinstitutionen dem Land seine Wirtschaftspolitik weitgehend diktieren, was sie vor allem seit den frühen neunziger Jahren auch ausgiebig taten. Zu den "Vorschriften" gehörte vor allen Dingen, die bisherigen Versuche einer eigenständigen, staatlich eingeleiteten Industrialisierungs- und Entwicklungspolitik ein für allemal aufzugeben.

Heute ist Algerien auf den meisten Gebieten extrem importabhängig. Finanzieren kann es seine Bedürfnisse überhaupt nur dank des mächtigen "Motors" seiner Ökonomie, der Öl- und Gasförderung, die über 97 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes einbringt. Doch selbstverständlich wuchsen die europäischen und nordamerikanischen Begehrlichkeiten, einen Fuß auch in diesen Sektor zu bekommen.

Widerstände gegen die "Preisgabe des Herzstücks" der algerischen Ökonomie

Ein Teil der ehemals staatssozialistischen Eliten Algeriens leistete noch bis vor kurzem heftige Widerstände dagegen, dieses "Herzstück" der algerischen Ökonomie für ausländische Wirtschaftsinteressen zu öffnen. Im März 2001 und im Februar 2003 legten überdies Generalstreiks gegen die Öffnung der Ölindustrie die allermeisten Wirtschaftszweige des Landes lahm.

Doch der Druck der westlichen Gläubigerstaaten und "Wirtschaftspartner" war letztendlich stärker. Algerien will in den kommenden Monaten der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten, wofür es die Unterstützung westlicher Wirtschaftsmächte benötigt und insbesondere der USA, die in dem Ausschuss von 40 WTO-Mitgliedsländern, der mit Algerien verhandelt, Ton angehend sind.

Viele Abgeordnete der heutigen Nationalen Befreiungsfront (FLN), die nicht mehr (wie vor 1988) die Staats- und Einheitspartei bildet, aber der jetzigen Regierungskoalition angehört, blieben im März der Abstimmung fern. Aus ihrer Sicht stellt der Beschluss einen gravierenden Bruch in der Geschichte der Befreiungsfront dar, die einstmals den antikolonialen Befreiungskrieg gegen Frankreich organisierte, bevor sie nach der Unabhängigkeit von 1962 die politische Führung übernahm. Zwar hat die FLN den ehemaligen staatssozialistischen Zielen längst abgeschworen, doch gibt es in den Reihen der Partei noch erhebliche Vorbehalte gegen eine vollständige Demontage des früheren Gesellschaftsmodells. Doch nachdem zahlreiche FLN-Parlamentarier die Parlamentsdebatte "geschwänzt" hatten, wurden sie kurz vor der entscheidenden Abstimmung durch die Parteiführung ermahnt: Wer nicht mit abstimme, brauche sich keine Hoffnung zu machen, für die nächsten Wahlen wieder aufgestellt zu werden. Die Drohung wirkte, auch wenn mehrere Dutzend Abgeordnete sich vor dem Votum krank meldeten.

Die algerische Tageszeitung La Tribune zitiert Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika mit den Worten, die politische Führung habe das Gesetz nicht frohen Herzens angenommen, "es ist uns aufgezwungen worden". Nach Informationen der linkspopulistischen "Arbeiterpartei" PT,

deren 20 Abgeordnete im Parlament als einzige gegen das neue Erdölgesetz stimmten, ist der Entwurf "von A bis Z durch eine Kanzlei in New York" formuliert worden. Deswegen, so fährt die Partei der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Louisa Hanoune fort, sei auch erklärlich, dass die Abgeordneten keinen einzigen Buchstaben an der Vorlage verändern durften. Sogar der PT-Antrag, in dem Gesetz festzuschreiben, dass künftig zumindest die staatliche Erdölgesellschaft Sonatrach die nunmehr private Konkurrenz auf ihrem Tätigkeitsfeld bekommen wird nicht privatisiert werden dürfe, wurde abgeschmettert. Dabei hatten Präsident Bouteflika und Energieminister Chakib Khelil in mündlichen Äußerungen stets hoch und heilig versichert, eine Privatisierung der Sonatrach komme nicht in Betracht.

Minister Khelil dementierte, dass der Gesetzentwurf aus einer New Yorker Kanzlei stamme, und behauptete, er sei durch algerische Experten formuliert worden. Khelil arbeitete von 1980 bis 1999 bei der Weltbank in Washington, zuletzt als Abteilungsleiter für den Energiesektor in Lateinamerika. Nach seiner ersten Wahl im April 1999 wurde er durch Präsident Bouteflika als Berater nach Algier geholt und kurz darauf zum Minister ernannt. Man braucht keine böswilligen Unterstellungen zu betreiben, um Khelil große Nähe zu US-amerikanischen und internationalen Firmen zu unterstellen.

Konsequenzen für die Bürger

Nach Angaben der Tageszeitung Liberté, die ansonsten Privatisierungen im allgemeinen eher befürwortet, wird die erste Konsequenz des neuen Gesetzes für die algerische Bevölkerung aus einer Erhöhung der Energiepreise bestehen. Die Zeitung zitierte die Artikel 9 und 10 des Loi sur les hydrocarbures (Gesetz über die Kohlenwasserstoffe). Diesen Bestimmungen zufolge sollen die Preise für Haushaltsgas, Strom und Benzin sowie Diesel künftig nicht mehr durch die Regierung die immerhin noch für politischen Druck anfällig ist festgelegt werden, sondern durch eine speziell eingerichtete "Regulierungsbehörde". Die neue Behörde soll sowohl die Interessen der staatlichen Sonatrach als auch der künftigen privaten Investoren vertreten und gegeneinander abwägen. Die beiden Gesetzesparagrafen schreiben ihr vor, die Energie- und Treibstoffpreise künftig in einer Weise festzulegen, die eine Rentabilisierung der durch private Unternehmen getätigten Investitionen erlaubt. Liberté setzt hinzu: "Die Regierung scheint keine Garantien für die Kaufkraft der Bürger abgegeben zu haben."

Assoziierungsabkommen mit der EU

Kurz zuvor, am 14. März, wurde auch das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union vom Parlament in Algier ratifiziert, das ebenfalls eine weitgehende "Liberalisierung" der algerischen Ökonomie und Marktöffnung vorschreibt. In seinem Artikel 61 sieht der Assoziierungsvertrag auch eine Liberalisierung des Energiesektors vor, was in offenkundigem Zusammenhang mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz steht.

Natürlich ist bei so etwas immer viel die Rede von Völkerverständigung, Dialog der Kulturen und gegenseitigem Nutzen. Und natürlich darf auch die Beschwörung der Menschenrechte nicht zu kurz kommen. Aber die Fakten sprechen eine andere Sprache, in der nur solche Vokabeln wie "Absatzmärkte", "Marktbeherrschung" und "Durchsetzung des wirtschaftlich Stärkeren" vorkommen.

Der Assoziierungsvertrag war im April 2002 im spanischen Valencia unterzeichnet worden. Inzwischen ist er durch Algerien und 14 von 15 damaligen EU-Mitgliedern auf parlamentarischem Wege ratifiziert worden; die erst nach 2002 neu beigetretenen Mitgliedsländern brauchen dies nicht zu tun, da der Vertrag für sie zum *acquis communautaire* (erworbenen Gemeinschaftsrecht) zählt. Nur die Niederlande müssen das Assoziierungsabkommen jetzt noch ratifizieren, damit es in Kraft tritt.

Das Abkommen gehorcht der Logik bilateraler Verträge zwischen der EU als Block und jeweils einem nordafrikanischen oder nahöstlichen Staat, von denen mehrere im Rahmen des so genannten "Barcelona-Prozesses" geschlossen wurden. Im November 1995 fand in der spanischen Stadt eine "Konferenz für eine neue Partnerschaft zwischen Europa und den Mittelmeerlandern" statt.

Im darauf folgenden Jahr wurden die ersten Einzelverträge mit Marokko und Tunesien abgeschlossen, in denen das Ziel der Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und diesen Ländern bis im Jahr 2010 festgeschrieben wird. Dazu sollen Handels- und Konkurrenzhindernisse beseitigt und die Märkte geöffnet werden. Da damit jedoch keinerlei "Süd-Süd-Integration" im Sinne einer gegenseitigen Durchdringung der Ökonomien im Maghreb, sondern eine einseitige Orientierung auf die Märkte im Norden einher geht, wird jedoch von vielen Beobachtern auf die Dauer eine verstärkte Abhängigkeit dieser Länder befürchtet. Tunesien wickelt derzeit 70 Prozent seines Außenhandels mit der EU ab und, nach offiziellen Zahlen, nur 2 Prozent mit seinem größten unmittelbaren Nachbarn: Algerien.

Auf vielen Sektoren wird sich die vorhandene Industrie dieser Länder als nicht konkurrenzfähig erweisen und von der Bildfläche verschwinden - während eine Konzentration der verbleibenden Wirtschaftskraft dieser Länder auf einige "Nischen" stattfinden wird. Also auf Produkte oder Dienstleistungen, für die, mitunter nur vorübergehend, ein Bedarf auf den europäischen Märkten besteht. So konzentrierte sich Tunesien in den letzten Jahren, neben dem Tourismus, stark auf die Textil- sowie die Automobil-Zuliefererindustrie.

Die Textilherstellung des Landes ist jedoch akut bedroht, seitdem zum Jahreswechsel 2004/05 das internationale Multifaserabkommen auslief und nunmehr die gigantische Textilindustrie der VR China die internationalen Märkte mit preisgünstigen Erzeugnissen zu überschwemmen droht. Und auch die Herstellung von Elektronikbauteilen droht durch eine billigere asiatische Konkurrenz in den Schatten gestellt zu werden. Derzeit sagt selbst die Weltbank, die üblicherweise sehr vom Freihandel und dem Abbau von Konkurrenzhindernissen begeistert ist, Tunesien den Verlust von mindestens 100.000 Arbeitsplätzen in den kommenden Jahren bevor. Aber die Öffnung des tunesischen Binnenmarkts hat derzeit erst begonnen, und soll jetzt bis 2010 verwirklicht werden.

Ähnlich sieht auch der bilaterale Vertrag zwischen der EU und Algerien die vollständige Liberalisierung des algerischen Marktes bei Ein- und Ausfuhren, sowie eine beschränkte Öffnung der EU für algerische Exporte vor. Der Abbau von Handels- und Konkurrenzhemmnissen sowie Zollschränken soll in zwei Jahren beginnen. Bis in zwölf Jahren, also bis 2017, soll der Zugang zum algerischen Markt vollkommen frei sein.

Die Tageszeitung La Tribune zitiert den EU-Botschafter in Algier, Lucio Guerrato, mit den Worten: "Die algerischen Wirtschaftsakteure werden damit (neben den europäischen) auf eine Autobahn gesetzt, von der es keine Ausfahrt gibt."

Der algerische Außenminister Abdelaziz Belkhadem äußerte sich anlässlich der Ratifizierung des Abkommens mit der EU beruhigt, oder jedenfalls beruhigend gegenüber seinen Landsleuten: Die Auswirkungen auf die algerische Ökonomie würden sich "erst ab 2017" bemerkbar machen - und bis dahin habe die Wirtschaft des Landes reichlich Zeit, sich zu modernisieren und konkurrenzfähig zu machen. Aber dem Text des Abkommens zufolge beginnt der Abbau von Schutzvorrichtungen für die einheimische Produktion bereits zwei Jahre nach Inkrafttreten des Assoziierungsvertrags. Belkhadem hatte in den Reihen der mit regierenden Nationalen Befreiungsfront (FLN) früher selbst gegen das Abkommen opponiert.

Und jetzt auch das Trinkwasser...

Im algerischen Parlament hat zudem noch die Debatte über die Privatisierung des Trinkwassers begonnen: Das neue Wassergesetz sieht in seinen Paragraphen 100 und 103 die Möglichkeit vor, private Konzerne mit der Wasserversorgung der Bevölkerung zu betrauen. Der französische Vivendi-Konzern sitzt bereits auf den Rängen, um sich in den Sektor einzukaufen.

Das allgemeine Fazit lässt sich kurz halten: Was von der Souveränität des Landes letztendlich übrig bleiben wird, ist derzeit eine offene Frage.

Observatorium für Menschenrechte in Algerien

(10. Januar - 19. April 2005)

10. Januar 2005: In Folge eines Sit-ins der Studenten des Instituts für Politikwissenschaften in Algier, um gegen die Festnahme von Hamitouche Merzouk zu protestieren, haben die Sicherheitskräfte innerhalb der Universitätsgebäude gewaltsam eingegriffen. Mehrere Studenten wurden verletzt, drei von ihnen schwer, und zehn wurden festgenommen.

16. und 17. Januar 2005: Unruhen in der Ortschaft Birine (Djelfa) nach einer Preiserhöhung von Butangas. Eine gewaltsame Repression führte zu zahlreichen Festnahmen. Diese Preiserhöhung war der Auslöser für die Protestwelle in einer Region, die bekannt ist für ihre kalten Winter und die Armut, die dort herrscht. Butangas ist die einzige Heizmöglichkeit. Die Preiserhöhung, die künstliche Knappheit, die die lokale Mafia ausgelöst hat, und die Nicht-Auszahlung der Gehälter der Lehrkräfte haben die Bewohner der Stadt veranlasst, auf die Straße zu gehen. Die Lehrer hatten beschlossen, ab dem 16. Januar in einen Streik zu treten, um die Auszahlung ihrer Gehälter und der Überstunden zu fordern. Zeitgleich sind etwa tausend Personen auf die Straße gegangen, um auf ihre prekären Lebensbedingungen aufmerksam zu machen. Viele Jugendliche haben darin eine Möglichkeit gesehen, ihrer Wut Ausdruck zu verschaffen, indem sie öffentliche Gebäude, die Symbole der "Hogra" (Demütigung) attackierten und in Brand setzten. Viele Fahrzeuge der Verwaltung wurden zerstört. Gewalttätige Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften führten zu zahlreichen Verletzten auf beiden Seiten. Nach ersten Informationen wurden etwa 30 Personen festgenommen. Am nächsten Tag haben Jugendliche die Proteste fortgeführt und die Freilassung der Gefangenen und den Abzug der Aufstandsbekämpfungsbrigaden gefordert.

20. Januar 2005. Unruhen in Ain Abid (Constantine) Am ersten Festtag des Opferfestes sind die Bewohner von Ain Abid auf die Straße gegangen, um gegen die häufigen Stromunterbrechungen in dem Ort zu protestieren. Mehrere Geschäfte wurden zerstört, und ein Versuch, das Bürgermeisteramt zu besetzen, scheiterte. 13 Demonstranten wurden festgenommen.

22. Januar 2005: Protestbewegung in der Wilaya Bouira. Mehrere Ortschaften der Wilaya Bouira erfuhren eine Protestwelle aufgrund der Preiserhöhung von Butangas, und dies, obwohl der Winter besonders hart ist. In Ait-Mansour, eine Ortschaft, die 50 km von Bouira entfernt liegt, haben die Demonstranten den Verkehr auf der Nationalstraße 5, die von Algier nach Constantine führt, blockiert. In Ain Laloui haben die aufgebrachtsten Bewohner die Hauptstraße mit brennenden Reifen gesperrt. Zusammenstöße mit Sicherheitskräften haben zu einer Welle der Repression geführt. Die Bevölkerung spricht von vielen Verletzten in den Reihen der Demonstranten, die von Sicherheitskräften zusammengeschlagen wurden. Zwanzig Jugendliche wurden festgenommen.

22. Januar 2005: Protestbewegung und Repression in Torriche (Tiaret). Viele Bewohner, die in prekären Verhältnissen leben, haben gewaltsam auf die Preiserhöhung des Butangases reagiert. Diese Erhöhungen wirken sich auch auf die Transportpreise aus. Über tausend Menschen gingen auf die Straße, auch um gegen ihre Lebensbedingungen und die Arbeitslosigkeit zu protestieren. Die Nationalstraße, die Tiaret mit Relizane verbindet, wurde mit Baumstämmen und brennenden Reifen blockiert. Zusammenstöße mit Sicherheitskräften, die die Straße freimachen wollten, haben zu 30 Festnahmen geführt.

25. Januar 2005: Protestbewegung in Birine (Djelfa) (s.u.): Die Justiz verurteilt. Während der Protestbewegung am 16. und 17. Januar gegen die Preiserhöhung von Butangas mitten im eiskalten Winter und gegen die Nicht-Auszahlung der Gehälter kurz vor dem Opferfest (islamischer Feiertag, an dem immer erhöhte Ausgaben anfallen) waren 25 Personen festgenommen worden. Sechs unter ihnen wurden vom Gericht Ain Oussera wegen "Störung der öffentlichen Ordnung" zu acht Monaten Haft verurteilt. Zwei weitere wurden freigesprochen. 17 andere warten auf den Prozess.

3. Februar 2005: Die polizeiliche Schikane gegen Ali Benhadj wird fortgesetzt. Ali Benhadj war von der Elternvertretung der Schule, die seine Kinder besuchen, eingeladen worden, an der Mitgliederversammlung am 3. Februar teilzunehmen. Polizisten stürmten den Raum, in dem die Versammlung stattfand, und nahmen ihn vor den Augen der Eltern gewaltsam fest. Ihm wurde mitgeteilt, dass jede Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung verboten sei. Er wurde in das Zentralkommissariat von Algier gebracht, wo er mehrere Stunden festgehalten wurde.

Am Vortag hatte er eine Buchhandlung in Kouba (Algier) aufgesucht, um Schulbücher für seine Kinder zu kaufen. Einige Augenblicke nachdem er aus dem Geschäft ging, drangen Polizisten in die Buchhandlung ein, um in Erfahrung zu bringen, welche Bücher er gekauft hatte.

Vor wenigen Tagen hatte sich ähnliches abgespielt in der Apotheke seines Viertels, wo er für seine Frau Medikamente gekauft hatte. Polizisten begaben sich zum Apotheker, um zu ermitteln, welche Medikamente er angefordert hatte.

16. Februar 2005: Vorläufige Freilassung von Marzouk Hamitouche (Student) aus der Untersuchungshaft, in der er sich seit dem 13. Dezember 2004 befand. Der Direktor des Studentenwohnheims hatte eine Anzeige gegen ihn gestellt, nachdem Studenten eine Versammlung organisierten, um gegen die Verwaltung zu protestieren, die ihre Forderungen nicht berücksichtigt hatte. Zwei weitere Studenten, Achour Baby und de Farid Ladjimi, befinden sich seit dem 11. Januar 2005 in Untersuchungshaft.

17. Februar 2005: Die Anklagekammer von Ghardaia bestätigte gestern den kriminellen Charakter der erhobenen Vorwürfe gegen Fekhar. Sie lauten: "Menschenauflauf, Störung der öffentlichen Ordnung und Behinderung des Straßenverkehrs, Zerstörung von Staatseigentum, Brandstiftung". Der Prozess ist auf den 27. Februar festgelegt. (Siehe die Ereignisse von Mitte Oktober 2004, die zu dieser Inhaftierung geführt haben)

24. Februar 2005: Erneute Festnahme von Ali Benhadj um 11. Uhr morgens durch die Polizei in Hussein Dey (Algier) in der Nähe des Saals Rouiched, wo eine Konferenz der Arbeiterpartei (PT) stattfinden sollte. Benhadj wollte daran teilnehmen. Er wurde ins Hauptkommissariat gebracht und im Laufe des Nachmittags freigelassen.

26. Februar 2005: Zwei bewaffnete Zivilisten, die mit einem Auto ohne Kennzeichen fuhren, begaben sich zum Wohnsitz von Salah-Eddine Sidhoum und präsentierten sich als Polizisten der 14. mobilen Brigade der Kriminalpolizei. Da Sidhoum nicht anwesend war, überreichten sie seiner Tante die Vorladung. Als Grund für eine Vorladung war angegeben: "allgemeine Untersuchung" (dirassa âma), und Sidhoum wurde aufgefordert, das Familienbuch mitzubringen. Für die Vorladung war kein Datum angegeben.

26. Februar 2005: Ali Drif, ein in Frankreich geborener Algerier, wurde im Gefängnis von Lyon, zwei Stunden vor seiner Freilassung entführt und per Schiff von Marseille nach Algier abgeschoben. (Siehe Erklärung vom Observatorium für Menschenrechte in Algerien)

27. Februar 2005: Der für den heutigen Tag vorgesehene Prozess von Dr. Fekhar und seinen Mitgefangenen vor dem Strafgericht von Ghardaia ist auf ein unbestimmtes Datum verschoben worden. Zahlreiche politische Aktivisten und Menschenrechtler waren aus verschiedenen Teilen Algeriens angereist, um an dem Prozess teilzunehmen.

28. Februar 2005: Kamel Eddine Fekhar und seine Mitgefangenen, die seit über vier Monaten in Haft sind, kündigen einen Hungerstreik an. Sie fordern die Beschleunigung ihres Gerichtsverfahrens und ihre sofortige Freilassung.

2. März 2005: Das algerische Innenministerium verbietet zum wiederholten Male eine öffentliche Veranstaltung der algerischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte LADDH.

4. März 2005: Ali Drif, der am 26. Februar von Frankreich abgeschoben und nach seiner Ankunft in Algier am 27. festgenommen wurde, ist verschwunden.

10. März 2005: Ali Drif taucht nach 10 Tagen geheimer Garde-à-vue-Haft wieder auf.

12. März 2005: Urteil im Prozess der 17 Gefangenen in Ghardaia: Sieben wurden zu vier Monaten Haft, vier weitere zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt und fünf unter ihnen freigesprochen. Dr. Kamel Eddine Fekhar wurde zu fünf Monaten Haft verurteilt. Er wird in 20 Tagen freigelassen, während die anderen Gefangenen am 11. März freikamen.

14. März 2005: Festnahme von Fouad Delici am Flughafen von Algier am 7. März 2005, nachdem er aus den Niederlanden abgeschoben worden war. Dieser ehemalige Journalist der französischsprachigen Zeitung der FIS El Forkane war Mitte der neunziger Jahre festgenommen worden und verbrachte aufgrund seiner FIS-Zugehörigkeit und seiner politischen Aktivitäten mehrere Jahre im Gefängnis von El-Harrach. Er verließ Anfang 2000 Algerien und begab sich in die Niederlande, wo er politisches Asyl beantragte. Nach drei Jahren Wartezeit erhielt er von den niederländischen Behörden eine Absage. Er floh nach Belgien, wo ihm auch kein Asyl gewährt wurde. Die Behörden schoben ihn in die Niederlande ab. Er begab sich dann in die Schweiz, wo er festgenommen und erneut den niederländischen Behörden übergeben wurde. Am 7. März schließlich wurde er nach Algerien abgeschoben. Bei seiner Ankunft wurde er von der Polizei festgenommen. Nach mehreren Tagen Garde-à-vue-Haft wurde er im Gefängnis von Serkadji in Algier eingesperrt. Er wurde nicht misshandelt, aber über mehrere Stunden von Mitarbeitern des algerischen Geheimdienstes DRS verhört.

5. April 2005: Dr. Kamel Eddine Fekhar, Vertreter der FFS (Front des forces socialistes, Front der sozialistischen Kräfte) und Mitglied der algerischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte (LADDH), ist freigelassen worden. Er war am Vorabend des 50. Jahrestags des Beginns des algerischen Befreiungskrieges während der Veranstaltung, auf der Abdelhamid Mehri, Hocine Ait-Ahmed und Mouloud Hamrouche auftraten, festgenommen worden. Er wurde zum Gefängnis von Ghardaia gebracht, wo er eine fünfmonatige Haftstrafe absitzen musste. Zwei Anklagepunkte waren gegen ihn aufrechterhalten worden: "illegaler Menschaufmarsch" und "Verkehrsbehinderung". Er wurde beschuldigt, an den Unruhen teilgenommen zu haben, die im Oktober 2004 die Stadt erfasst hatten.

17. April 2005: Eine Versammlung der Mütter von "Verschwundenen" vor dem Justizministerium in Algier wurde gewaltsam aufgelöst. Etwa 50 Frauen waren dem Aufruf von ihren Organisationen nachgekommen, um vor dem Justizministerium die Wahrheit über das Schicksal ihrer Kinder, die zwischen 1992 bis 2000 von Sicherheitskräften entführt wurden und "verschwanden". Das Viertel wurde am frühen Morgen abgesperrt. Eine Delegation der Mütter von "Verschwundenen" versuchte vergeblich, verantwortliche Beamte des Ministeriums zu treffen. Um die Mittagszeit traf eine Aufstandsbekämpfungseinheit ein und löste gewaltsam die Versammlung auf. Die meist älteren Frauen wurden vor den Augen geschockter Passanten mit Fußtritten und Knüppelschlägen zu Boden geworfen.

19. April 2005: Fouad Delici, ehemaliger Journalist von El Forkane (eine Zeitung der FIS), wurde am 7. März 2005 aus den Niederlanden abgeschoben und nach seiner Ankunft am Flughafen von Algier festgenommen und im Gefängnis von Serkadji inhaftiert. Er wurde am heutigen Tage dem Gericht vorgeführt und freigesprochen

Ali Drif, Opfer einer illegalen Abschiebung aus Frankreich, ist nach seiner Ankunft in Algerien verschwunden

Observatorium für Menschenrechte in Algerien, 15. März 2005

Am 26. Februar 2005 um fünf Uhr morgens, zwei Stunden vor seiner Freilassung, wurde der in Frankreich geborene Algerier Ali Drif, aus dem Gefängnis Saint-Paul in Lyon von Beamten der Grenzpolizei entführt und nach Marseille verschleppt, von wo aus er mit dem Schiff nach Algier abgeschoben wurde. Das Abschiebeverfahren wurde vom Polizeipräsidium Lyon eingeleitet, ohne dass der Betroffene und sein Anwalt davon informiert wurden. Die Entführung hinderte Ali Drif daran, einen Richter anzurufen, um diese Entscheidung der Verwaltung überprüfen zu lassen.

Ali Drif konnte vom Schiff aus seine Frau kurz anrufen und bat sie, die Familie in Algerien von seiner Ankunft zu benachrichtigen. In Algier ging eine Rechtsanwältin zum Hafen, doch erhielt sie keine Information über ihn. Zwei Tage später erfuhr die Familie, dass er im Zentralkommissariat von Algier festgehalten wurde. Als sein Rechtsanwalt dort nach ihm fragte, erhielt auch er keine Information. Es war zu befürchten, dass er gefoltert und womöglich verschwinden würde. Nach 10 Tagen geheimer Haft wurde Ali Drif freigelassen, ohne misshandelt worden zu sein.

Rückblick auf eine verzwickte Angelegenheit

Ali Drif, 44 Jahre alt, verheiratet und Vater von vier Kindern, ist Informatik-Ingenieur. 1995 wurde er auf der Grundlage von Verdächtigungen mit weiteren 17 Personen festgenommen. Er wurde beschuldigt, einer "kriminellen Vereinigung mit einem terroristischen Vorhaben" anzugehören. Er verbrachte 20 Monate, vom 13. September 1995 bis zum 24. Oktober 1997, in Untersuchungshaft und wurde anschließend, ohne vor Gericht gestellt zu werden, freigelassen. Am 30. Juni 1998 sprach ihn das Strafgericht Paris mangels Beweisen frei.

Am 22. Oktober 1999 verurteilte ihn das Berufungsgericht von Paris zu drei Jahren Haft und einem endgültigen Aufenthaltsverbot in Frankreich. Er wurde aber nicht vom Haftrichter dazu aufgefordert, seine restliche Gefängnisstrafe abzusitzen. Nach seiner Freilassung im Oktober 1997 arbeitete er als Unternehmer in der Holzbranche in Decines bei Lyon.

Im September 2004 erlitt die Familie Drif einen Autounfall, den ein Gendarm in Rente durch Missachtung einer Ampel verursachte. Alle Familienmitglieder wurden ins Krankenhaus gebracht und Ali Drif wurde von der Polizei vorgeladen. Dies führte zur Wiederaufnahme seines Verfahrens. Er wurde sofort, am 20. September, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Paris inhaftiert, um seine restliche Gefängnisstrafe abzusitzen. Er sollte am 26. Februar 2005 freigelassen werden. Sein Rechtsanwalt in Frankreich, Jacques Debray, hatte vorher vor dem Berufungsgericht einen Widerspruch gegen das Aufenthaltsverbot eingelegt.

Doch in der Zwischenzeit wurde Ali Drif abgeschoben. Am 27. Februar kam er in Algier an und wurde in geheime Haft genommen. Weder seine Familie noch sein Rechtsanwalt wussten, wo er sich befand. Seit der Einführung des Antiterrorgesetzes im September 1992 kann die Garde-à-vue-Haft bis zu 12 Tage dauern. In dieser Zeit läuft ein Gefangener Gefahr, gefoltert zu werden und zu verschwinden.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Abschiebung, die illegal vorgenommen wurde, ohne dass Drif die vom Gesetz vorgesehenen Rechte in Anspruch nehmen konnte. Wir fordern, dass die französischen Behörden das Aufenthaltsverbot aufheben, da es sich um eine "Doppelbestrafung" handelt.

Wir fordern, dass Herr Drif, wenn er dies wünscht, umgehend nach Frankreich, wo seine Familie lebt und er seinem Beruf nachgeht, zurückkehren kann.

Abschiebung einer Delegation von drei NGO auf dem Flughafen von Algier

Eine von FIDH, REMDH und dem Forschungsinstitut für Menschenrechte in Kairo organisierte Delegation wurde bei ihrer Ankunft in Algier abgeschoben. Diese Reise hatte zum Ziel die Kontaktaufnahme mit Mitgliedern und Partnern, sowie algerischen Behörden im Vorfeld der Sitzung der arabischen Liga in Algier vom 22-24. März 2005.

Communiqué de presse: Refoulement d'une mission FIDH/ REMDH/ CIHRS à l'aéroport d'Algier

(FIDH 22/02/2005)

Paris, le 22 février 2005 - Une mission de contact et d'écoute mandatée par la Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme (FIDH), le Réseau euro-méditerranéen des droits de l'Homme (REMDH) ainsi que l'Institut de recherche sur les droits de l'Homme du Caire vient d'être refoulée à l'aéroport d'Algier.

Cette mission était composée de Mokhtar Trifi, président de la Ligue tunisienne des droits de l'Homme et de Khemais Chammari, chargé de mission de la FIDH.

Ce déplacement avait pour objet de prendre contact avec nos membres et partenaires ainsi que, le cas échéant, les autorités algériennes à l'approche de la tenue à Alger de la réunion des chefs d'Etat de la Ligue des États arabes.

Soucieuses de contribuer au processus de réforme du système régional que la Ligue des États arabes, son secrétaire général ainsi que la quasi totalité des chefs d'Etat arabes proclament vouloir accélérer, nos trois organisations ont pris depuis trois ans plusieurs initiatives en ce sens. Elles ont ainsi organisé conjointement des réunions regroupant à chaque fois des responsables des ONG de défense des droits de l'Homme de la région.

Ces rencontres ont permis d'élaborer plusieurs propositions transmises aux instances et aux membres de la Ligue des États arabes, concernant par exemple, la révision de la Charte arabe des droits de l'Homme et le développement des mécanismes régionaux de protection des droits humains. Nos organisations expriment leur consternation après le refoulement de leur mission par les autorités algériennes et leur indignation quant au traitement réservé à leurs chargés de mission à l'aéroport d'Algier. Ce refoulement fait suite à des difficultés du même ordre rencontrées dans la région par des défenseurs des droits de l'Homme tunisiens. Nos organisations expriment leur crainte que ces pratiques arbitraires ne résultent de la mise en oeuvre entre les États concernés, de la Convention arabe contre le terrorisme. Nos organisations réitèrent leur conviction que les réformes souhaitées exigent :

– une implication effective des ONG de défense des droits de l'Homme nationales et internationales, ainsi que des autres composantes des sociétés civiles locales ;

– le respect des principaux instruments de protection des droits de l'Homme et des engagements souscrits par les États concernés.

A cet égard, le refoulement de la mission est en contradiction flagrante avec notamment, la Déclaration des Nations unies sur les défenseurs des droits de l'Homme de 1998, qui garantit la liberté de contact entre les défenseurs, et contredit singulièrement la volonté de dialogue alléguée par les autorités concernées.

Nos organisations réitèrent pour leur part, leur volonté d'écoute et de dialogue qu'elles croient nécessaire au renforcement des réformes envisagées.

Contact presse : +33 1 43 55 25 18 / 14 12

Daniel Bekoutou, Gaël Grillhot, Fédération internationale des ligues des droits de l'Homme – FIDH, Réseau euro-méditerranéen des droits de l'Homme – REMDH, Institut de recherche sur les droits de l'Homme du Caire – CIHRS

Returns to Algeria: inaccurate Home Office information corrected

Very quietly last week, the Country Information and Policy Unit (CIPU) of the Immigration and Nationality Department issued a Bulletin about its Algeria country information report, correcting an earlier report used in the asylum decision-making process.

By Harmit Athwal, 25 January 2005, <http://www.irr.org.uk/2005/january/ha000014.html>

The Bulletin, drawing on a UNHCR paper of December 2004, pointedly states that it 'supersedes all previous UNHCR statements on this subject'.

It appears that the update has been published following tenacious lobbying by 'Hassan', an Algerian asylum seeker concerned about a significant error in the Algeria Country Information reports. The significance of his concerns was first highlighted in November 2004, in an article in the *Guardian* (A pile-up of shameful contradictions by Melanie McFadyean, Siehe Infomappe 29-30) which revealed 'an anomaly in the current Home Office country information policy unit (CIPU) report on Algeria: a single sentence which may have had devastating consequences for hundreds of Algerians rejected by British authorities in the last three years.'

There is anecdotal evidence that Algerian nationals have been returned to Algeria after their asylum claims have been rejected, as a result of information contained in the old report. In that report, Brian Davis, a Canadian diplomat, is quoted as saying: 'To the knowledge of the persons I met and to the local UNHCR office, there has never been any problem encountered by persons returned to Algeria.'

However, the recent amendments concede that the 'UNHCR is concerned that asylum seekers found not to be in need of international protection, who are returned to Algeria may face hostile treatment due to the Algerian Government's perception that such persons may have been involved in international terrorism.' And the Bulletin goes on to comment that 'Therefore, UNHCR continues to emphasize the need to exercise the utmost caution when considering the forced return of rejected asylum seekers to Algeria.'

In a further contradictory twist, the new Home Secretary Charles Clarke, has been holding discussions with several North African countries, including Algeria, on proposals to deport men held without trial under the Anti-Terrorism Crime and Security Act 2001. The countries in question have to provide assurances that they will not torture anyone so returned. The men, most of whom are asylum seekers, have all been held without trial [many] since December 2001, and cannot currently be deported because they face a risk of torture or death. A recent Law Lords judgement, in December, ruled that their continued detention was unlawful (see IRR News story Law Lords rule 'terror detentions' discriminatory and disproportionate) and the government is seeking a way out of this impasse.

'Hassan's' solicitor, Sue Conlan, told IRR News, 'The Home Office needs to go beyond an amendment to its report on Algeria and demonstrate the political will to re-examine asylum claims from nationals of a country with one of the worst human rights records for more than a decade. But given the negotiations over the return of "suspected international terrorists" it remains to be seen whether the forced change in the country report is anything more than rhetoric.'

The Institute of Race Relations is precluded from expressing a corporate view: any opinions expressed are therefore those of the authors.

UNHCR position paper on the return of Algerian nationals found not to be in need of international protection:

Algeria continues to be perceived by many observers to be making sustained efforts towards establishing peace and security on its territory. However, the national reconciliation process remains fragile and there are continuing reports of human rights abuses in the country. The Law on Civil Harmony (adopted in July 1999 and overwhelmingly endorsed in a national referendum in September 1999) did not bring an end to the political violence, and indiscriminate attacks on civilians by armed groups, as well as clashes between the latter and the government forces, continue to take place. In light of this situation, Algeria continues to produce a significant number of persons in need of international protection. According to UNHCR statistics, 9,977 Algerian nationals sought asylum worldwide in 2003.

UNHCR is concerned that asylum seekers found not to be in need of international protection, who are returned to Algeria may face hostile treatment due to the Algerian Government's perception that such persons may have been involved in international terrorism. In this regard, it should be noted that both the Groupe Salafist pour la Predication et le Combat and the Groupe Islamique Arme have been listed as proscribed organizations by the United States in the wake of the events of 11 September 2001. Further, there are public reports that European (e.g., Spanish, Italian, German, French and British) intelligence/security authorities have uncovered networks related to these groups in recent months. It is alleged that these networks operate within the context of Algerian and other North African migrant communities in Europe.

While UNHCR would not consider it within its purview to comment on the substance of such reports, it is noted that the above factors contribute to the suspicion with which rejected asylum seekers would be treated upon return to Algeria, notably those persons who have had prior links to Islamist movements. Therefore, there is a strong presumption that such persons may be subject to persecutory treatment upon return. While it could be expected that such persons may have a valid claim regarding real or imputed political opinion, it has been observed that certain asylum countries use unduly stringent criteria in their refugee determination processes, both on the interpretation of the refugee definition and on their credibility tests, and therefore some such applicants may have been improperly rejected.

In view of the foregoing, UNHCR urges States to use appropriate care in applying the 1951 Convention criteria and in particular to consider within that determination the potential risks associated with prolonged stay abroad, particularly for those perceived to have links with Islamic groups.

Therefore, UNHCR continues to emphasize the need to exercise the utmost caution when considering the forced return of rejected asylum seekers to Algeria. The Office also reminds States of their obligations to consider the complementary forms of protection afforded by other international human rights instruments, such as the 1950 European Convention on Human Rights, and the 1984 Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, especially to cases within the categories mentioned above.

The position represents the recommendation of UNHCR as at December 2004, and supersedes all earlier advisories in this regard.

UNHCR Geneva

December 2004

Algeria-Watch Infomappen

Infomappe 10

I. Zur politischen Lage

- ♦ Algerien nach dem Referendum (algeria-watch)
- ♦ Bouteflikas verordneter Frieden (NZZ)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Concorde civile et interprétations (Quotidien d'Oran)
- ♦ Lourde menace contre les défenseurs des droits de l'Homme (SNAA)
- ♦ Kafkaesker Prozeß in Algerien (Libération)
- ♦ Apropos Terrorismus (Zeugenaussage eines Polizeioffiziers)

III. Flüchtlinge

- ♦ Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtling: keine Rechtfertigung!
- ♦ Abschiebung ins Ungewisse (algeria-watch)

Infomappe 11

I. Zur politischen Lage

- ♦ Algerien: Keine Entwarnung ! (algeria-watch)
- ♦ Chronologie des Grauens (algeria-watch)
- ♦ Wer hat Abdelkader Hachani getötet? (algeria-watch)
- ♦ Algerien auf dem Weg zum Frieden? (Werner Ruf)
- ♦ "Das Präsidialamt ist ein Anhängsel des Verteidigungsministeriums" (I. Addi)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ "Das Gesetz zur zivilen Eintracht führt nicht zur Versöhnung" (Interview mit RA M. Tahri)
- ♦ Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (Noam Chomsky)
- ♦ Rezension: Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (aw)
- ♦ APPELL - Die anhaltenden, von den Medien verschwiegenen Massaker zwingen uns, eine internationale Untersuchungskommission zu fordern
- ♦ Erklärung des Internationalen Komitees für den Frieden, die Menschenrechte und die Demokratie in Algerien (CIPA)

III. Dokumentation

Infomappe 12

I. Ein Jahr Bouteflika (algeria-watch)

II. Dossier "Verschwundene" (algeria-watch)

- ♦ Tot oder lebendig: wo sind die "Verschwundenen"
- ♦ Fälle von "Verschwundenen" (aw)

III. Dokumentation

- ♦ Information, mystification et diwan des généraux (El Hadi Chalabi) 1999
- ♦ Country Reports on Human Rights Practices (US Department of State)

Infomappe 13-14

I. Blutiger Frieden (algeria-watch)

- ♦ 1000 morts depuis la trêve du 13 janvier (Le Monde)
- ♦ Britains plans Algerian arms deal despite ethical policy (Times Newspapers)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Vérité, Justice: entendre les victimes (FIDH)
- ♦ Peace must be built on ruth and Justice (AI)
- ♦ Interview avec Ali Yahia Abdennour (LADDH)
- ♦ Le témoignage d'un ancien officier algérien: "on était des sauvages"

III. Dokumente / Analysen

- ♦ L'Algérie, les Etats-Unis et la France
- ♦ Mémoire à l'intention du gouvernement algérien (AI)
- ♦ Regimes of (Un)Truth (The Economist)
- ♦ Economie algérienne: enjeux et perspectives (S. Goumeziane)

Infomappe 15

I. Zur politischen Lage

- ♦ Massaker im Namen der Versöhnung? (algeria-watch)
- ♦ Bouteflika, die Armee und die nationale Versöhnung
- ♦ Ein Spezialist beschuldigt das Militär der Counter-Guerilla

II. Menschenrechtsverletzungen (algeria-watch)

- ♦ Soll die Hachani-Affäre ad acta gelegt werden?
- ♦ Wer hat Lounes Matoub getötet?

III. Dokumentation

- ♦ Wenn's um Algerien geht, geben die alten Klischees immer noch was her!
- ♦ Chronik eines angekündigten Massakers Wer tötete in Bentalha?
- ♦ Erinnerung ohne Reue (Folter während Befreiungskrieges)
- ♦ Die algerische Krise: kein Ende in Sicht (Bericht ICG)

Infomappe 16

I. Unruhen in der Kabylei

- ♦ Ein Massaker für den nächsten Putsch
- ♦ Berber laufen Sturm gegen Algier
- ♦ The Kabyle Riots: Repression and Alienation in Algeria

II. Enthüllungen

- ♦ Schmutziger Krieg gegen das eigene Volk
- ♦ "Alle ausrotten, die Islamisten helfen"
- ♦ Europe blind eye to Algeria's dirty war
- ♦ Preface to "the dirty war" bei Habb Souaidia (F. Imposimato)
- ♦ Algerian General accused of torture escapes Investifation

III. Internationale Reaktionen

IV. Menschenrechtsverletzungen

V. Generäle einst und heute

- ♦ General Nezzar greift an
- ♦ Mörders Memoiren (zum Buch von General Aussaresses)

Infomappe 17 (Juli 2001)

I. Unruhen in Algerien

- ♦ Algerien im Griff des Militärs.
- ♦ Europa und die Unruhen in Algerien Kriminelle Gleichgültigkeit
- ♦ "Les germes d'une guerre civile sont là..."

II. Internationale Reaktionen

III. Menschenrechtsverletzungen

IV. Dokumentation

- ♦ Demonstration anlässlich der Todestage von Naimah Hadjar und Aamir Ageeb
- ♦ Der schmutzige Krieg in Algerien
- ♦ Memorandum du FFS : " Pour une transition démocratique "
- ♦ Document confidentiel de l'armée algérienne

Infomappe 18-19 (Januar 2002)

I. Zum 10. Jahrestag des Putsches

- ♦ AW: Eine erschreckende Bilanz der Menschenrechtslage
- ♦ Algerien nach dem 11. September: Und wo bleiben die Menschenrechte?
- ♦ Mohamed Harbi : " C'est un coup d'Etat qui s'est donné des apparences légales "
- ♦ L. Addi: Comme le dit M. Harbi, les Etats ont une armée, en Algérie, l'armée a son Etat "

II. Unwetter und Unruhen in Algerien

- ♦ Interview de Ahmed Djeddaï (FFS) : "Les archs servent les desseins du pouvoir"
- ♦ Die Aufstände in der Kabylei weiten sich in ganz Algerien aus
- ♦ "Ein Gendarm spuckte auf den Toten", Aufstand in Algerie
- ♦ Dernier rapport de la Commission nationale d'enquête sur les événements de Kabylie

III Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Director of a daily newspaper questioned over armed forces caricature Journalist questioned over article about the armed forces
- ♦ Algeria: Relatives of the "disappeared" violently dispersed
- ♦ A propos de la condamnation de Mohamed Hadj Smain
- ♦ Les droits de Homme malmenés en Algérie

IV Der "schmutzige Krieg"

- ♦ Die algerischen Militärs lassen Zivilisten ermorden und schieben den Islamisten die Tat in die Schuhe
- ♦ Escadrons de la mort: l'aveu de Zeroual
- ♦ Les révélations du colonel Mohamed Samraoui de la DRS à Al Jazeera
- ♦ Les révélations d'un déserteurs de la S.M.

Algeria-Watch Infomappen

Infomappe 20-21 (September 2002)

I. Die Junta vor Gericht

- ♦ Ein Prozessbericht
- ♦ Zwanzig Jahre Knast für ein Buch
- ♦ Témoignage du Capitaine Ahmed Chouchen

II. Parlamentswahlen vom 30. Mai 2002

III Assoziierungsabkommen EU / Algerien

IV Der "schmutzige Krieg"

- ♦ The horrors of war aren't over yet
- ♦ Algeria: Army chief of staff says this is "my last post"
- ♦ Le pôle démocratique a disparu
- ♦ Congrès du FIS à Bruxelles
- ♦ Ce qu'ils ont fait de nous
- ♦ La presse et son nombril
- ♦ Françalgérie : sang, intox et corruption

Infomappe 22 (Januar 2003)

I. Neue Enthüllungen

- ♦ Abdelkader Tigha, Ex-Geheimdienstmitarbeiter, packt aus
- ♦ Wer tötete die Mönche von Tibhirin?

II. Die Anschläge in Paris von 1995

- ♦ Un documentaire revient sur la thèse de la manipulation des islamistes par l'armée algérienne
- ♦ Les groupes islamistes de l'armée algérienne: le voile se déchire

III Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Drohungen gegenüber M. Sidhoum und seiner Familie
- ♦ Enlèvements et disparitions Forcées
- ♦ Un journaliste agressé décède après une tentative de suicide
- ♦ Cas d'appel sur la torture : Brahim Ladada et Abdelkrim Khider
- ♦ Aucun survivant parmi les disparus de la "sale guerre"

Infomappe 23 (April 2003)

I. Bericht zur Menschenrechtslage 2002

II. Die Anschläge in Paris von 1995

- ♦ GIA. Bewaffnete islamische Gruppen im Dienste der algerischen Sécurité militaire?

III Verschwundene in Algerien

- ♦ « Une Amnésie est inélectable »
- ♦ Ces Algériens disparus : un dossier explosif

IV Chirac in Algerien

- ♦ Algeria Led World in Forced Disappearances
- ♦ Jacques Chirac strebt die Versöhnung mit Algerien an
- ♦ Neue Freunde im Maghreb
- ♦ Nachruf : Mahmoud Khelili, Menschenrechtsanwalt

Infomappe 24 (Juli 2003)

I. Politische Lage

- ♦ Entlassung von Abbassi Madani und Ali Benhadj vor dem Hintergrund der Machtkämpfe innerhalb des Machtapparates
- ♦ Machtkampf in Algerien: Generäle bereiten die Ablösung des Präsidenten vor
- ♦ Algeria's ashes

II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Salah-Eddine Sidhoum - ein Opfer staatlicher Verfolgung
- ♦ Die Familien der Verschwundenen machen mobil
- ♦ Algeria accused of killing thousands in secret war

III. Erdbeben und Unruhen

IV. Entführungen in der Sahara

- ♦ Entführungen in der Sahara: Fragen und Hypothesen

Infomappe 25-26 (Januar 2004)

Die Mordmaschine:

ein Bericht über Folter, geheime Haftzentren und Befehlsstrukturen

I. Politische Lage

- ♦ Präsidentschaftswahlen in Algerien: Die Junta und die französisch-amerikanischen Rivalitäten

II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Salah-Eddine Sidhoum ist frei
- ♦ Strafanzeigen gegen Algeriens Generäle
- ♦ Proteste nach der Gründung der staatlichen ad-hoc-Kommission zur Frage der "Verschwundenen"
- ♦ LADDH: Communiqué à propos de la commission ad-hoc

- ♦ AI: New "disappearances" mechanism must lead to full investigations
- ♦ Human rights campaigner tells of finding mass grave
- ♦ Massive Einschränkungen der Pressefreiheit

III. Enthüllungen

- ♦ DRS, GIA und Straflosigkeit

Infomappe 27 (April 2004)

I. Präsidentschaftswahlen vom 8. April 2004

- ♦ Die Wiederwahl Bouteflikas und was hinter den Kulissen geschah
- ♦ Präsident Algeriens wiedergewählt / Betrugsvorwürfe
- ♦ Ein unglaubliches Ergebnis
- ♦ L'armée accorde 83,5% des voix à Bouteflika
- ♦ Les coulisses de la réélection de Bouteflika

II. Enthüllungen

- ♦ Geheimdienst will Ex-Agent zum Schweigen bringen
- ♦ Un déserteur algérien a du mal à obtenir l'asile
- ♦ Geheimdienstler packen aus
- ♦ Der Mord an den Trappisten von Tibhirine

II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Voices of the Dead Echo Across Algeria
- ♦ The French connection
- ♦ More than one million internally displaced people ignored by the international community

Infomappe 28 (Juli 2004)

I. Buchrezension

- ♦ "Françalgérie": Über den geheimen Krieg in Algerien und die französischen Machenschaften

II. Terrorismus im Zentrum der Machtkämpfe?

- ♦ Abderrezak "al-Para", das Phantom, das die Touristen in der Sahara entführte
- ♦ USA bekämpfen Terror in Algerien
- ♦ Terrorismus im Zentrum der Machtkämpfe?
- ♦ Algerien gelingt Schlag gegen Islamisten

III Menschenrechtsverletzungen

- ♦ T'kout, Tizi-Ouzou, Serkadji, Châteaufort...
- ♦ Observatorium für Menschenrechte in Algerien (Präsentation)
- ♦ Menschenrechtsverletzungen Tag für Tag
- ♦ "Ich erledige dich und du kommst auf die Liste der Verschwundenen!"
- ♦ "Weder Bouteflika noch dein Gott können dich vor uns retten"
- ♦ Initiative für eine nationale Wahrheits- u. Gerechtigkeitskommission
- ♦ Amnesty International: Jahresbericht 2004

Infomappe 29-30 (Januar 2005)

- ♦ Amnésie - Amnesie
- ♦ Families of Algeria's "disappeared" search for truth
- ♦ Observatorium für Menschenrechte in Algerien
- ♦ Der Drahtzieher geht
- ♦ Große Opfer
- ♦ Asyl wird outgesourced
- ♦ Waffen für Nordafrika
- ♦ Flüchtlingslager in Afrika
- ♦ A pile-up of shameful contradictions
- ♦ Presseerklärung des Komitee Gerechtigkeit für Algerien

Basso-Tribunal: Menschenrechtsverletzungen in Algerien

- ♦ 1. Zweck der Anrufung des ständigen Tribunals der Völker
- ♦ 2. Was ist das ständige Tribunal der Völker (Tribunal permanent des peuples)?
- ♦ 3. Die Session des ständigen Tribunals der Völker über die Menschenrechtsverletzungen in Algerien
 - ♦ a) Kurzer Abriss der zugrundeliegenden Ereignisse
 - ♦ b) Ziele der Session
 - ♦ c) Zeitplan der Session
- ♦ 4. Dossiers